

Arbeiter-Zeitung

Donstag, 21. Februar 1925

10. Jahrgang Nummer 44

Verkauft täglich mit Ausnahme der Sonn- und Festtage. Besuchspreis: 10 Pf. monatlich 2,25 Mk., Einzelnummer 10 Pf. Durch die Post bezogen monatlich 2,25 Mk., unter Streifenband 2,50 Mk. Kassaerwerb: Die abgehaltene Willkürkammer oder deren Raum 12 Pf. Verleihs- und Verjammlungsanzeigen 6 Pf. Willkürkammer: Die abgehaltene Willkürkammer oder deren Raum im Text 10 Pf. — Schluß der Inseratenannahme in der Haupt-Expedition 3 Uhr; in der Filial-Expeditionen am Tage vorher bis spätestens 18 Uhr.

für Schlesien und Oberschlesien
Organ der KPD., Sektion der 3. Internationale
Mit der illustrierten Beilage „Der Rote Stern“
Begründet von Bernhard Schottländer (März 1920 ermordet)

Hauptredaktion: Breslau 10, Trebnitzer Straße 50, Telefon 4710. Borschstraße 10, Breslau 544. Redaktion: Breslau, Trebnitzer Straße 50, Telefon Ring 8837. Geschäftsstelle der Redaktion: von 12—18, Montag bis Freitag von 17—18 Uhr. — Filial-Expeditionen: Giesewitz, Wilhelmstraße 23, Telefon — 5571; Lunik 6, Telefon 2384. Geschäftsstelle von 8—19 Uhr. Geschäftsstand am Hauptbahnhof Breslau. — Verlag: Schiefel, Verlags-Gesellschaft m.B.H., Breslau. — Druck: „Neubau“-Verlag, G.L. Breslau, Trebnitzer Str. 50.

Heute Verbindlichkeitserklärung?

Kommunistischer Vormarsch — sozialdemokratischer Stillstand

Nach den Hamburger Wahlen

Das Ergebnis der Hamburger Bürgerstimmwahlen ist von größter Bedeutung als Antwort der Massen in Hamburg auf die Koalitionspolitik der SPD., im Hinblick auf die kommenden Reichstagswahlen und für die Beurteilung der Linksbewegung in Deutschland.

Zunächst die Hamburger Frage: Die bürgerlichen Parteien und die SPD. hatten alle Energie darauf verwandt, den Vormarsch der Kommunisten aufzuhalten, der Partei, die den Bürgerfrieden störte, eine vernichtende Niederlage beizubringen. In wenigen Wahlen stand unsere Partei unter einem ähnlichen Trommelfeuer, wie in den letzten Tagen. Der bürgerlich-sozialdemokratischen Einheitsfront ist es aber nicht gelungen, ihr Ziel zu erreichen. Die Kommunistische Partei hat im Gegenteil bei den Wahlen einen neuen Erfolg errungen. Unsere Partei, die vom Oktober 1924 bis zum Oktober 1927 ihre Stimmzahl von 78 522 auf 110 115 erhöhte, wuchs bei der Wahl am Sonntag auf neue um 4 108 Stimmen auf 114 223 Stimmen. Die KPD. hat damit im Hamburger Proletariat, und das ist das Entscheidende, ihre Stellung unter den allergeringsten Verhältnissen verstärkt. Denn gleichzeitig verlor die Sozialdemokratische Partei nahezu tausend Stimmen und 3 Mandate. Die SPD. verlor verhältnismäßig am stärksten in den Hamburger Arbeitervierteln; wenn sie überhaupt annähernd ihre Stimmzahl vom Oktober halten konnte, so verbannt sie das vor allem den Wahlstimmen aus dem kleinbürgerlichen Lager. Das ist ein Urteil gegen die Koalitionspolitik, die die SP. nach dem Oktoberwahltag in Hamburg getrieben hat.

Diese Koalitionspolitik war es, die — das muß gleichzeitig aufs schärfste unterstrichen werden — der bürgerlichen Mobilisierung zur Wahl am Sonntag Erfolge gebracht hat. Unter den etwa 35 000 Wählern, die mehr zur Wahl gebracht worden sind wie im Oktober, konnte nur die KPD. 4000 Wähler für sich gewinnen. Die anderen fielen den Demokraten und der Deutschen Volkspartei, zum Teil sogar den Böllischen zu. Demokraten und Volkspartei hatten allerdings besondere Augenblicksvorteile. Die Demokraten marschieren mit ihrem Hamburger Oberbürgermeister Petersen an der Spitze in der Wahl auf. Dadurch wurde sicherlich ihr Erfolg vor allem begründet, und dieser Zuwachs der Hamburger Demokraten um 22 126 Stimmen läßt zweifellos keinen Schluß auf das Maß der Wiederbelebung dieser bankrotten Partei in ganz Deutschland zu. Aber er zeigt, wie die SPD. geradezu die Hauptverantwortung für diese Wiederbelebung trägt. In den offiziellen Hamburger Wahlaufsätzen der SPD. wurde der Hamburger Oberbürgermeister Petersen ganz im Tone der anderen bürgerlichen Parteien als „unser Bürgermeister“ gepriesen. In den Aufrufen der SPD., die allesamt Gehäufte gegen die Kommunisten waren, stand kein Wort gegen die demokratische Partei.

In diesen Aufrufen stand weiter kein Wort gegen die Deutsche Volkspartei, und das entspricht ganz der Linie der SPD. auf die Große Koalition. Darum vor allem konnte neben den Demokraten auch die Deutsche Volkspartei in Hamburg 11 114 Stimmen gewinnen, sie konnte gewinnen an einem Tage, da in den Reihen der Hamburger Mitglieder der Deutschen Volkspartei schon die Aussperrungsdekrete hängen, die die Hamburger Arbeiter in wenigen Tagen auf die Straße werfen werden. Das ist ein überaus ernstes Symptom dieser Wahl, und gerade wir Kommunisten dürfen die Stärkung dieser gefährlichsten Partei des deutschen Bürgertums nicht vertuschen. Sie hat durch ihr Mandat in der Schulgesetzfrage zweifellos auch vorübergehend besonders profitiert, und es ist kein Zufall, daß das in Hamburg ohnedies schwache Zentrum von seinen 10 199 Wählern am 7. Oktober noch 806 verloren hat.

Eine neue vernichtende Niederlage erhielten in Hamburg die Deutschnationalen. Sie, die von der Reichstagswahl im Dezember 1924 mit 136 510 Stimmen auf 99 890 Stimmen im Oktober 1927 zusammengelassen waren, haben seither auf neue 5860 Stimmen verloren. Sie zählen trotz der um fast 5 Prozent gestiegenen Wahlbeteiligung nur noch 94 030 Wähler.

Der Erfolg von Demokraten und Volkspartei und die Verhäufung der Böllischen ist vor sich gegangen vor

Auch die mitteldeutschen Metallarbeiter lehnen den Schiedspruch ab

Halle, 21. Februar. (Eig. Drahtb.) Die Delegiertenversammlung der Metallarbeiter Mitteldeutschlands hat die Ablehnung der Berliner Schiedsprüche beschlossen. Sie nahm eine Entschließung einstimmig an, in der es u. a. heißt: „Er (der Schiedspruch) ist nicht nur bezüglich der Höhe der Zulage unzulänglich, sondern auch in seiner Laufdauer (bis 31. Dezember) untragbar. Im Endeffekt ist dieser Schiedspruch in seiner materiellen Auswirkung nicht anders zu bewerten, als der am 12. Januar gefällte, da dieser eine kürzere Laufdauer hatte. Die Konferenz ermächtigte den Vorstand, mit allen ihm zur Verfügung stehenden Mitteln eine eventuell beabsichtigte Verbindlichkeitserklärung abzuwehren.“

U. Berlin, 20. Februar. Im Lohnstreik der mitteldeutschen Metallindustrie hat der Reichsarbeitsminister die Parteien zu einer unverbindlichen Aussprache über eine etwaige Verbindlichkeitserklärung der am 18. Februar gefällten Schiedsprüche zum 21. Februar vormittags 10 Uhr eingeladen.

Ablehnung des Schiedspruches war die einzige mögliche Antwort, die die mitteldeutschen Metallarbeiter geben konnten. Leider haben sie in der Resolution nicht gesagt, wie sie sich konkret den

allen auf Kosten der „Mittelstandsparteien“. Wirtschaftspartei und Aufwacker haben zusammen über 800 Stimmen verloren, und das zeigt, daß es der großbürgerlichen Mobilisierung gelungen ist, auch hier dank der Koalitionspolitik der SPD. einen großen Teil der schwankenden Mittelschichten, die sich bereits in Massen von den großbürgerlichen Parteien abgewandt hatten, wieder zurückzuholen.

Die Regeneration der linken großbürgerlichen Parteien hat auch die Splittergruppen vollständig erdrückt. Die größte Stimmzahl erreichte eine Liste „Beamte und Angestellte“ mit 1601 Stimmen, den Rekord nach unten hält die „Republikanische Partei“ mit ganzen 115 Stimmen.

Umgekehrt verstehen die Arbeiter, daß das Sektierermessen in Deutschland ausgespielt hat. Ganze 666 Stimmen erhielt die USP., und die ultra linke Renegatenliste, von Korpsisten, von Urbahn-Leuten, Antigenwerkschäftlern und Hunderteilnehmern, trugte insgesamt 741 (jawohl siebenhundertundvierzig!) Stimmen zusammen!

Das kennzeichnet diese Wahl. Großbürgerliche Mobilisierung und Koalitionspolitik der SPD. haben einen Teil der Linksentwicklung und die weitere parlamentarische Zerstückelung des Bürgerblocks aufzuhalten vermocht. Gegen zusammen 285 534 bürgerliche Gesamtstimmen und 76 Mandate am Sonntag 302 752 Stimmen und 73 Mandate. Nur der zierlichste Flügel der Linksbewegung konnte nicht aufgehalten werden. Die SPD. stagniert, die Mittelstandsgruppierungen fallen zusammen, nur die Kommunisten marschieren. Das ist der Beginn der Klärung der Linksbewegung, die bisher der SPD. stärker als den Kommunisten genügt hatte.

Dieses Ergebnis hat die allergrößte Bedeutung für die Entwicklung im ganzen Reiche. Es sagt klipp und klar auf neue den Arbeitern, daß es nur eine Kraft gibt, die die Kräfte der heute zersplitterten Arbeiterklasse sammelt, die Kommunistische Partei. Mit der repräsentativen Koalitionspolitik dagegen, die die Sozialdemokraten betreiben, stützt man nur den Bürgerblock. Im Bürgerblock selbst verschleibt sich zwar das Schwergewicht vom deutschnationalen Flügel zur Deutschen Volkspartei. Unter der Führung dieser Partei aber wird der Bürgerblock unter den Bedingungen, die heute der Entfaltung des deutschen Imperialismus gestellt sind, nur gestärkt.

Nur diese Lehren dürfen die Arbeiter aus den Hamburger Wahlen ziehen. In Hamburg besteht auch nach dieser Wahl eine große Mehrheit von KPD. und SPD. Nach dem Ausgang der Wahl werden die Arbeiter begriffen haben, daß diese Mehrheit für die Arbeiter nur ausgenutzt werden kann, wenn jedem Versuch der SPD., auf neue Koalitionspolitik zu treiben, von den Arbeitern mit aller Macht entgegengetreten wird. Die Kommunistische Partei wird nach der glänzenden Befähigung ihrer Politik ebenja wie nach dem

Kampf gegen die drohende Verbindlichkeitserklärung vorstellen. Nach den bisherigen Erfahrungen wird der KPD.-Vorstand protestieren aber nicht kämpfen.

So wie der Kampf vor dem Ablauf der Erklärungsfrist für die Forderungen gegen den Schiedspruch aufgenommen wurde, gilt es auch den Kampf trotz neuen Schiedspruchs und seiner bevorstehenden Verbindlichkeitserklärung fortzusetzen.

Soll dieser Kampf für die erhobenen Forderungen und gegen einen verbindlich erklärten Schiedspruch erfolgreich durchgeführt werden, mit einem völligen Siege abgeschlossen werden, so bedarf er der breitesten Unterstützung der gesamten Arbeiterklasse. Denn eine Kampfesfortführung gegen den verbindlich erklärten Schiedspruch wird nach der angebotenen Generalaussperrung von den Metallindustriellen damit beantwortet, daß sie am 22. Februar 800 000 Menschen, mit ihren Frauen und Kindern mehr als 2 Millionen Menschen, dem Hungertode preisgeben. Soll dieser Ausnahmszustand unmöglich gemacht, die Generalaussperrung zur Niederlage für die Unternehmer und der Kampf zum Siege für die ganze Arbeiterklasse werden, so gilt es zu handeln. Diesen Ruf muß die gesamte Arbeiterklasse Deutschlands mit den Arbeitern der lebenswichtigsten Industrien Mitteldeutschlands in der entscheidenden Stunde beherzigen, wenn der verbindlich erklärte Schiedspruch unmöglich gemacht werden soll.

Oktober der Hamburger Sozialdemokratie die Möglichkeit bieten, zu zeigen, ob sie entschlossen, das verräterische Spiel fortzusetzen oder ob sie gewillt ist, dem Willen der Massen zu folgen, die jetzt besser erkennen werden, wofür sie die Koalitionspolitik der SPD.-Führung bringt.

Die Regierung klebt!

(Eig. Drahtb.) Berlin, 21. Februar.

Die Verhandlungen darüber, wie der Regierung März, diesen lebenden Leichnam, die Galgenfrist verlängert werden soll, gehen weiter. Die Regierung selber klebt an ihren Sesseln und tut so, als ob nichts vorgefallen wäre. Amlich wird mitgeteilt:

„Das Reichskabinett befaßte sich heute erneut mit dem Notprogramm und insbesondere mit der Vorbereitung und Sicherstellung seiner parlamentarischen Erledigung.“ Außerdem wurden neben der Behandlung laufender Angelegenheiten die Kabinettsberatungen über die Zusammenfassung der Kommission zur Verfassungs- und Verwaltungsreform zu Ende geführt. Sobald nunmehr die auf der Länderkonferenz in Aussichtgenommene Forderungnahme mit den Länderregierungen hinsichtlich der personellen Zusammenfassung der gemischten Kommission durchgeführt ist, muß die Reichsregierung die gemischte Kommission alsbald zur Aufnahme ihrer Reformarbeiten nach Berlin einberufen.“

Die Regierung März kann sich erlauben, auf die Empörung der Millionenmassen zu pfeifen und allem Geschrei von Demokratie zum Hohm weiterzuregieren, weil die sogenannte „Opposition“ so launisch, feige und jämmerlich ist, daß sie noch heute der Regierung aus der Hand frigt. Mittlerweile haben die Demokraten und Sozialdemokraten sich damit einverstanden erklärt, daß das Notprogramm in der nächsten Woche behandelt wird. Die allergrößte Koalition von den Sozialdemokraten bis zu den Deutschnationalen ist bereits in Wirklichkeit!

Streikleitung mit Kerker bedroht

Prag, 21. Februar. (Eig. Drahtb.) Der Streik der böhmischen Bergarbeiter hat eine außerordentliche Verschärfung erfahren. Die politische Bezirksverwaltung von Brüx hat am Montag den Aktionsstreik aufhören in Bruch aufgelöst und jede Tätigkeit des Streikes verboten. In einer Kundgebung werden Zusammenhänge mit schweren Geld- und Kerkerstrafen bedroht. Diese Maßnahme der Behörden hat zu einer großen Aufregung unter der Arbeiterschaft geführt. In Oberleutensdorf haben 40 Arbeiter die einschneidenden Notstandsarbeiten angegriffen, wobei einige Arbeiter verletzt wurden. Mit Ausnahme des Brucher Gebiets werden die Notstandsarbeiten in Ruhe durchgeführt. In einer Sitzung der Bergarbeiterverbände in Prag am Montag sollen weitere Maßnahmen zur Verschärfung des Streikes beraten werden. Die für den 23. Februar geplanten Verhandlungen zwischen den Unternehmern und den Arbeitern sollen wegen der Verschärfung der Lage bereits am Dienstag im Arbeitsministerium stattfinden. Der Kohlenmangel in der westböhmischen Industrie hat schon zu zahlreichen Stilllegungen geführt. Die Lösung des Generalstreiks gewinnt immer mehr Anhänger.

An der Konferenz der deutschen sozialistischen Bergarbeiterverbände nahmen 303 Delegierte teil. In einer Entschließung wurde die Zurückziehung der Sicherheitsmaßnahmen und Genarmerie, die als ein ungewerkschaftliches Kampfmittel anzusehen seien,

Oberschlesien

„Kommunistische Verifikationsarbeit bei den Eisenbahnern“

Unter dieser Überschrift bringt in der Nr. 88 des „Volksblattes“ vom 12. Februar 1928 (Publikationsorgan des sozialdemokratischen Polizeipräsidenten) ein Pressefotograf aus Gleiwitz einen Fälscher zum Abdruck. Die Betriebs-Zeitung der Eisenbahner in Gleiwitz, „Der Kämpfer“, hat es dieser Kreatur angetan. Besonders aber der folgende Satz:

„Der Einheitsverband der Eisenbahner hat infolge des reformistischen Kurses der sozialdemokratischen Gewerkschaftsführer noch eine Anzahl Mängel und Schwächen.“

Es soll das nach Ansicht des Schreibers der Satz sein, der die Verarbeit für den Verband zerstört. In Wirklichkeit ist es niemand anders als die Politik der sozialdemokratischen Verbandsbürokraten, die es verhindert, daß die Arbeiter sich selbst organisieren. Diese Führer und ihre Partei haben unter Ebert im Jahre 1923 durch die Zustimmung zum Ermächtigungsgesetz den Achtstundentag an den Unternehmer verkauft. Sie haben während und nach der Inflation bis zum heutigen Tage einen Kampf nach dem anderen abgewagt. Sie sind es, die mit dem Unternehmertum, mit Christen, Gelben und Faschisten in einer Arbeitsgemeinschaft sitzen und langfristige Tarifverträge abschließen. Sie sind es, die die staatliche Schlichtungsmaschine und den Schlichtungsschwindel als Fortschritt loben. Sie sind für den Aufbau der kapitalistischen Wirtschaft, für die kapitalistische Rationalisierung mit ihren mörderischen Folgen, für die Wirtschaftsdemokratie und gegen jeden Kampf um mehr Lohn und verkürzte Arbeitszeit.

Stimmlos, einer der brutalsten Ausbeuter, hat die erste Arbeitsgemeinschaft mit Legien, dem Führer des ADGB, geschlossen, und aus Dankbarkeit für das „reibungslose Zusammenarbeiten“ einen Dampfer nach seinem Namen getauft. Wenn dann die primitiven Proleten vom Verbands nichts mehr wissen wollen, wenn sie aus Verzweiflung über den Verrat zu den Christen und Werksgemeinschaften gehen, so trifft die ganze Schuld niemanden anders als die Reformisten, die eine jahrelange so verbrecherische Politik betrieben haben.

Der Artikelschreiber bezeichnet das Schlichtungsverfahren als eine Errungenschaft des gewerkschaftlichen Bestrebens, auf den die freien Gewerkschaften stolz sind. Die Arbeiterklasse hat diesen Schwindel längst durchschaut und selbst ein Teil der reformistischen Führer muß zugeben, daß das Gegenteil der Fall ist. So schreibt z. B. der Einheitsverband der Eisenbahner in seiner Nr. 1 vom 1. 1. 1928 in einem Leitartikel, folgender:

„Die Schlichtungsordnung, von der sich manch einer viel versprochen hat, wurde 1927 zur Fälschung für die Arbeiterklasse. Weitgehende Rücksichtnahme auf Wirtschaft und Unternehmertum kennzeichnet die Spruchspraxis. Leistungen von Überstunden weit über den Achtstundentag hinaus wurden angedrungen. Durch Verbindlichkeit knebelte man die Gewerkschaften für lange Zeit. Ungenügt blieb infolgedessen die vielfach glückliche Konjunktur.“

So der Hauptvorstand in seinem Artikel zu dem Erfolg der Schlichtungsordnung, auf die der angestellte Goldschreiber in Oberschlesien so stolz ist.

Am Schluß seines Ergusses will der Goldschreiber mit den Kommunisten Fraktur reden. Daß ihm die Kommunisten besonders schwer im Magen liegen, ist uns verständlich. Sie werden ihn und seine Freunde noch oft dazu zwingen, Farbe zu bekennen. Nur eins kommt in Frage: entweder mit der Arbeiterklasse und gegen die Unternehmerschaft oder mit dem Geldsack und gegen die Arbeiterklasse!

Disputationen in Oberschlesien

„Welcher Recht hat, weiß ich nicht, doch es will mich schier bedünken, daß der Rabbi und der Rindch, daß sie alle beide stinken.“

(Heinrich Heine.)

In der „Volksstimme“ (Volksmund: „Schwarze Taube“) und im „Volksblatt“ (Publikationsorgan des sozialdemokratischen Polizeipräsidenten) versuchen der christliche Gewerkschaftsführer Siara und der sozialdemokratische Betriebsrat Moglić sich gegenseitig zu beweisen, daß sie Schwindler sind. Siara behauptet von Moglić, daß er ein eifriger Mitarbeiter an der Unternehmerrzeitung „Hütte und Schacht“ sei. Moglić bezeichnet diesen anständigen Christen als einen Lügner. Es ist auch für einen Sozialdemokraten ein starkes Stück, sich sagen zu lassen, man wäre Redakteur beim Generaldirektor Euling und dem Scharfmacher Hoffmann. Eher könnte man eine solche Zeit den christlichen Führern zutrauen, die doch in einer politischen Partei beisammen sind.

Nun scheint aber der Christ mehr Glück zu haben und es zeigt sich, daß auch seine Beziehungen zu der Unternehmerrzeitung „Hütte und Schacht“ sehr gute sind. Er stellt nämlich in einem Artikel der „Volksstimme“ fest, daß der Betriebsrat Moglić wirklich gute Eigenschaften für einen Unternehmer-Redakteur hat und bekräftigt seine Behauptung mit der Wiedergabe einer Notiz, die Moglić im vorigen Jahre für „Hütte und Schacht“ geschrieben hat. Dieser Artikel ist sogar mit dem vollen Namen des sozialdemokratischen Betriebsrates gezeichnet.

Heinrich Heine hat sein Urteil über beide gesprochen. Wir haben auch keinen Augenblick Angst, daß die langjährige Freundschaft zwischen Zentrum und SPD. dabei zu Brüche gehen könnte. Sie haben im Jahre 1919 in Weimar durch die Verfassung die Ehe geschlossen vollzogen, sie liegen seit der Zeit zu Fuß und Frommen des Geldsacks im gemeinschaftlichen politischen Ehebett. Sie regieren seit Jahren in Preußen gemeinsam gegen die Arbeiter. Sie verteilen in Oberschlesien die Stippen untereinander. Wir empfehlen den beiden, sie so harmonisch zu vertragen, wie der Zentrumsbürgermeister Lu-Lweil mit seinem Kollegen, dem SPD.-Bürgermeister Franz. Wir sind auch sicher, daß Generaldirektor Euling das nächste Mal nicht nur Moglić, sondern auch Siara in die Redaktionsstube einladen wird. Der Weg von Salvestrem zu Vorfing ist nur kurz.

Gleiwitz

Die Erwerbslosigkeit steigt

In der Provinz Oberschlesien waren in der Berichtswache 63 330 (in der Vormoche 65 426) Arbeitssuchende vorhanden. Arbeitslosenunterstützungsempfänger wurden 53 320 (in der Vormoche 60 976) und Krisenunterstützungsempfänger 5728 (in der Vormoche 5664) gezählt. Offene Stellen waren 1680 gemeldet. Im Vorjahre waren am 11. Februar in der Provinz Oberschlesien 63 384 Arbeitssuchende und 3 480 Hauptunterstützungsempfänger vorhanden.

Am Donnerstag Stadtverordnetenversammlung

Die nächste Stadtverordnetenversammlung findet am Donnerstag, dem 23. Februar, 18 Uhr, statt. Die Tagesordnung weist 30 Punkte auf. Es werden zunächst verschiedene Wahlen von Be-

ratvorsitzern, Waisenräten und Kommissionen vorgenommen. Dann folgen die Anträge der Fraktionen: So verlangt z. B. ein Antrag der Sozialdemokraten, daß im Arbeiterviertel Petersdorf die Straßen ausgebaut und die Bürgersteige befestigt werden. Dieser Antrag ist bereits vor Monaten von unserer Fraktion gestellt und wird dauernd durch den Verossen Kucjora beim Magistrat ins Gedächtnis gebracht. Ein weiterer Antrag derselben Partei verlangt die Umbenennung von 5 Straßen und Plätzen. Es wird verlangt: ein Reichspräsidentenplatz (des Hindenburgplatz), ein Platz der Republik (des Platz der Ausbeutung), eine Friedrich-Ebert-Straße, Rathenaustraße und Erzbergerstraße.

Die Kommunisten stellen gleichfalls zwei Anträge mit folgendem Wortlaut:

I.
Der Magistrat wird beauftragt, in der kommenden Baujahren mindestens 600 Wohnungen, bestehend aus 2 bis 3 Stuben und Küche nebst Beigelaß in eigener Regie fertig zu stellen. Die gesamte Hauszinssteuer ist für diesen Zweck zu verwenden, um die Mieten auf das allerniedrigste Maß herabzudrücken. Die beantragten Nachprüfungen der Mieten in den städtischen Häusern sowie in den Bauten, für welche Hauszinssteuer gegeben wurde, ist sofort durchzuführen.

II.

Durch die Eingemeindung von Sosniza, Ulluth, Jabrze, Richterdorf und Zernitz sind über 150 Kleinbäuerliche Betriebe zu Gleiwitz geschlagen worden, denen die von der Kreisparlase alljährlich bewilligten Mittel (Santquittreite) gesperrt werden. Die Stadtverordnetenversammlung wolle beschließen: Der Magistrat wird beauftragt, die erforderlichen Mittel zu dem niedrigsten Prozentsatz bereitzustellen und den Antragstellern baldmöglichst auszugahlen.

Vergleicht man die Anträge der SPD. mit denen der KPD., so merkt man, daß die SPD. wahrlich kein Recht hat, sich Arbeiterpartei zu nennen. Nur die KPD. vertritt die Interessen aller Werktätigen!

Generalversammlung der Metallarbeiter

Die Ortsverwaltung des ADGB. gibt bekannt: Am Sonntag, dem 20. Februar, pünktlich 9.30 Uhr, findet im oberen Saal der „Reichshallen“, Gleiwitz, Beuthener Straße, die Generalversammlung statt. Tagesordnung: 1. Jahres- und Geschäftsbericht für 1927. Referent Kollege Syguda. 2. Neuwahl der Ortsverwaltung. Die Wichtigkeit vorstehender Tagesordnung macht es jeder Kollegin und jedem Kollegen zur Pflicht, an dieser Generalversammlung teilzunehmen, insbesondere, weil in diesem Jahre für die gesamte Metallarbeiterklasse wichtige Entscheidungen bevorstehen, die wiederum die Mitwirkung jedes einzelnen Mitgliedes erfordern. Zutritt zur Generalversammlung haben alle Mitglieder, die sich durch ein Mitgliedsbuch ausweisen können und soweit sie mit den Beiträgen auf dem Laufenden sind. Keinen Zutritt zur Generalversammlung haben diejenigen Mitglieder, die aus irgendeinem Grunde ohne Mitgliedsbuch erscheinen, ebenso die Mitglieder, die mit ihren Beiträgen über 6 Wochen im Rückstand sind (§ 5 Abs. 1). Keinen Zutritt haben ferner Kollegen, bei denen aus irgendeinem Grunde Pflichten sowohl als auch Rechte ruhen.

*

Mit dem letzten Absatz sind unzweifelhaft die Kollegen gemeint, gegen die das Ausschlussverfahren eingeleitet ist. Dazu haben wir gestern ausführlich Stellung genommen. Die Gesamtmitgliedschaft muß sofort Schritte unternehmen, um die Mundtotmachung der Opposition zu verhindern!

Die Staatsoper im Stadttheater. Die Staatsoper Berlin kommt in der neuen Woche nach Oberschlesien, um Gastspiele in West- und Ostoberschlesien zu geben. Nach Gleiwitz kommt die Staatsoper am nächsten Sonntag, dem 26. Februar, und wird die Oper „Figaros Hochzeit“ von Mozart zur Aufführung bringen.

Die kommunistische Stadtverordnetenfraktion, Kommissionsmitglieder und Jellenleiter kommen am Mittwoch, dem 22. Februar, 18.30 Uhr im Parteibüro zusammen. Wer nicht erscheinen kann, muß einen Vertreter entsenden.

Hindenburg

„Wolgajshiff“. Ein Arbeiter schreibt uns: Im Zentral-Kino Zabrze läuft der Film „Wolgajshiff“, welcher bestimmt verlängert wird. Trotzdem es ein Tag vor der Vornahme war, suchte jeder seine paar Groschen zusammen, um den Film anzusehen. Der Andrang war sehr groß, ein Zeichen, daß ein revolutionäres Stück jeden Werktätigen hinreißt.

Beuthen

Streiklichter

Wozu der Beichtstuhl gebraucht wird. Bei den Kindern, die jetzt zu Eltern für die Erstkommunion vorbereitet werden, ist es üblich, daß erst ein paarmal zur Probe gebetet wird, damit die sündigen Kinder ja auch gut vorbereitet an den Tisch des Herrn treten. Kein Wunder, wenn dann ein so behandeltes Kind oft nicht mehr reißt bei der Unterscheidung zwischen Recht und Unrecht und alles behütet, was es überhaupt weiß. — So beichtete auch ein kleines Mädchen ihrem Beichtvater, daß sie im Jungspartakus-Bund sei. Der Beichtvater, welcher bis dahin gleichgültig zugehört hatte, wurde bei dem Wort Spartakus sofort lebendig und fragte: „Dann ist dein Vater

An alle Hand- und Kopfarbeiter!

Aus allen Teilen des Erdballs gelangt an unsere Organisation der Ruf: „Kämpfende Arbeiter in Not!“ Gewaltige Kämpfe in aller Welt schweißen die Arbeiter aller Rassen zusammen.

In Deutschland werden die bevorstehenden großen wirtschaftlichen Kämpfe und die Zunahme der Arbeitslosigkeit eine beispiellose Steigerung der Gegensätze zwischen Arbeiterschaft und Bourgeoisie bringen. Millionen von Kindern der im Klassenkampf stehenden Arbeiter werden in Mitteldienst gezwungen, wenn nicht die proletarische Solidarität unterstützend eingreift.

Den Bestrebungen auf Abbau der sozialpolitischen Fürsorge setzt die I.A.D. die Forderung nach Aufbau der staatlichen Fürsorge unter Mitwirkung der Fürsorgeberechtigten entgegen und verteidigt die sozialpolitischen Ansprüche der Opfer dieses Systems. Wer also für internationale proletarische Solidarität, für die Einheitsfront aller Werktätigen, für brüderliche Hilfe aller, die im Kampf gegen die kapitalistische Gesellschaftsordnung stehen, ist, werde Mitglied der Internationalen Arbeiterhilfe. Landesvorstand Oberschlesien der I.A.D. Oppeln, Bleichstraße 10.

Wahl ein Kommunist? Und wer ist deine Mutter? Wo wohnst du, in welcher Straße?“ usw. Was haben solche Fragen mit dem Beichtstuhl zu tun? Soll vielleicht die Mutter durch die Kirche, wie es schon öfters vorkam, beauftragt werden? Will man vielleicht die Ehe nach katholischen Grundsätzen „verbessern“? Auch wenn diese darüber in die Brüche geht? Hat der Beichtvater das Recht, Kinder in dieser Weise nach Familienverhältnissen auszufragen?

20 Pfennig Eintritt. Wie wir schon kürzlich berichteten, werden 51 Trauungen in den Kirchen 20 Pfennig Eintritt erhoben, besonders dann, wenn es sich um Trauungen aus dem sogenannten „besseren Stande“ handelt. Zuerst wurde diese Maßnahme damit begründet, daß man Heiratsverträge abhalten will; jetzt hören wir, daß man die Absicht hat, dieses Eintrittsgeld an die Armen zu verteilen. — Arme von Beuthen, ran an den Spieß, halt auch die gesammelten Beträge auf den Pfarren. Wir nehmen hermit den Pfarren die Mäße ab, nach Armen zu suchen und machen es aus diesem Grunde bekannt. Ob die Armen das Geld auch erhalten werden?

Die christlich-katholische „Duldsamkeit“. „Liebe deine Feinde und tue Gutes denen, die dich verfolgen.“ Ein Beuthener Pfarrer scheint diese Stelle in der Heiligen Schrift nicht zu kennen, denn kürzlich fand ein Zeitungsverkäufer der „Arbeiter-Zeitung“ und des „Pflaßenspiegels“ am Arbeitsnachweis und der Herr Pfarrer ließ auf ihn zu und griff mir nichts dir nichts nach dem Pflaßenspiegel mit den Worten: „Diese Zeitung ist nicht erlaubt, ich werde sie beschlagnahmen!“ Darauf erwiderte der Verkäufer: „Wenn Sie zahlen, kann können Sie diese Zeitung haben, sonst nicht!“ Aber der Streiter Gottes war nicht so leicht davon zu überzeugen, daß er eine Zeitung nur gegen Geld erstehen könne und griff einfach danach, um sie fortzunehmen. Hierauf gab der Verkäufer dem Zudringlichen auf die Hand einen leichten Schlag und sagte: „Geht weg!“ Das war jubel für den Herrn Pfarrer. Er ließ während davon mit den Worten: „Wenn ich die Zeitung nicht bekomme, werde ich sofort einen Schupo herfordern, der wird sie schon wegnehmen!“

Oppeln

Der sozialdemokratische Auflagendelegierte Vogel

Spricht am Donnerstag, dem 23. Februar, 20 Uhr, in der öffentlichen Rote-Hilfe-Versammlung im Schützenhaus. Thema: „Wie geht es den Menschenwill in den russischen Gefängnissen?“ Da über dieses Thema Lügen über Lügen verbreitet wurden, empfiehlt es sich, aus dem Munde eines Sozialdemokraten, der sich durch Augenschein überzeugt hat, die Wahrheit zu hören.

Um die Wohnungsnot. Der Magistrat gibt eine längere Verordnung über Maßnahmen gegen Wohnungsmangel bekannt. Wir sind überzeugt, daß diese Verordnung den Wohnungsmangel nicht beseitigen wird. Nur ein großzügiges soziales Wohnungsbauprogramm, vor dem sich die Städte immer so schön brüden, würde praktische Hilfe bedeuten. Ebenso müßten die 6- bis 20-Zimmer-Wohnungen einer Reduzierung unterworfen werden, damit die Wohnungsnot einigermaßen behoben werden kann.

Koloniale Ausstellung. Das neue imperialistische Deutschland schreit nach Kolonien. Am Donnerstag wurde hier eine wandernde Kolonialausstellung eröffnet, die am ersten Tage durch einen Vortrag in der Oberrealschule ergänzt wurde. Der Zweck ist, recht viele für die Ausbreitung des neubourgeois Imperialismus und gleichzeitig für die Unterdrückung der kolonialen Völker zu gewinnen. Der Besuch in Oppeln im Vergleich zu anderen Städten läßt diesen Herrschaften viel zu wünschen übrig. Die Ausstellung ist an und für sich sehr wert. Man findet da die verschiedensten Rohstoffe, wie Zee, Reis, farbenprächtige Schmetterlinge, Tierhäbel, schädliche Fliegen usw. Die primitiven Gebrauchsgegenstände Waffen und dergleichen sind ebenfalls sehr interessant und geben ein Bild, wie schwach die Eingeborenen ihren modern ausgerüsteten weißen Ausbeutern gegenüberstehen.

Rote-Hilfe-Versammlung. Am 17. Februar kamen die Mitglieder der Rote Hilfe zu ihrer Generalversammlung zusammen. Als erster Punkt der Tagesordnung wurde die Frage: „Wie verteidigt sich der Proletarier vor Gericht?“ behandelt. Genosse R. verstand es, nach der Broschüre von Felix Halle einige Forderungen der Klassenjustiz freizulegen, die aus Unkenntnis schon so manchen Proletarier hinter Kerkermauern gebracht haben. Aus dem Geschäftsbericht konnte man erfahren, daß die Rote Hilfe im vergangenen Jahre weiter gewachsen ist. Die Kasse war in Ordnung. Hierauf wurde zur Neuwahl des gesamten Vorstandes geschritten. Unter Punkt Verschiedenes wurde besonders auf die am 23.-d. M. im Schützenhaus stattfindende öffentliche Versammlung, in der der SPD.-Genosse Vogel spricht, hingewiesen.

Abhilfe tut not! Ein Mieter schreibt uns: Trotzdem die Dampfmühle ein altes Gebäude ist, sind die Mieten dort ebenso hoch wie in den Neubauten. Die Bände sind aus Stips und nur fünf Zentimeter stark. Der Hof ist bei Regenwetter ein einziger Sumpf. Die Haustür, die auf den Hof hinausgeht, hat ein Patentglock, welches nur zwei Mann mit vereinten Kräften öffnen können. Die neue Treppe am Abhang hat zu wenig Stufen und steht zu schräg. Bei Frostwetter sind verschiedene Mieter auf dieser Treppe bereits gestürzt, und nur einem glücklichen Zufall ist es zu verdanken, daß bisher kein größerer Unfall vorgekommen ist. Abhilfe tut dringend not!

Aus der Partei

Ausschluß. Die Bezirksleitung beschloß in ihrer Sitzung vom 17. Februar das Mitglied F. F. F., Agl. Neuborf, wegen parteischädigendem Verhalten aus der Partei auszuschließen. F. F. F. ist aufgebodert worden, sein Mandat als Gemeindevorsteher niederzulegen.

Versammlungskalender

Kommunistischer Jugendverband

Oppeln, Zelle Stadt. Mittwoch (nicht Donnerstag) 19.30 Uhr Versammlung im Keller.

Oppeln, Zelle Vorstadt. Donnerstag 19.30 Uhr Versammlung im Schützenhaus.

Sonstige Organisationen

Gleiwitz, Metallarbeiter. Sonntag 9.30 Uhr im oberen Saal der „Reichshallen“, Beuthener Straße, Generalversammlung.

Metallarbeiten

Anfertigung von Aufzügen aus eigener Werkstatt
Koppel & Taterka, Hindenburg
Kronprinzenstraße 127 — Telephon 3190
Beuthen, Be'aler Straße 23
Telephon 2048, 2049

Vereinigte Theater Breslau

Lobe-Theater
 Von Sonntag, d. 19. 2. bis
 Freitag, den 24. 2.
 täglich 20 Uhr
 „Der Hexer“

Thalia-Theater
 Von Sonnab., d. 18. 2. bis
 bis Freitag, den 24. 2.
 täglich 20 Uhr
 „Das Kamel geht durch
 das Nadelöhr“

Sonnabend, den 25. 2.
 20 Uhr
 Aufführung
 „Kraimerballade“
 Beste Komödie

Stadttheater Breslau

(Opernhaus)
 Montag, 10 Uhr
 Abonnements-Vorstellung Serie F 13
 Sonnabend, 20 Uhr
 Gastspiel Margit Suchy
 In vollständiger Neuinszenierung
Die Fiedermans
 Mittwoch, 20 Uhr
 Abonnements-Vorstellung Serie G 13
Das Wunder der Heilane
 Donnerstag, 19.30 Uhr
Die Fäbin
 Freitag, 20 Uhr
 Abonnements-Vorstellung Serie H 13
 Festvorstellung anlässlich des 1. Süddeutschen wissenschaftlichen Vertreters
Die lustigen Weiber von Windsor
 Sonnabend, 18 Uhr
 Erstes Gastspiel des Kammerängers
Nanny Larsén-Todsen
Trifan und Jolbe
 Sonntag, 15.30 Uhr
 Nachmittagsvorst. 3 ermäß. Preisen (Gr. 2)
Hoffmanns Erzählungen
 Sonntag, 20 Uhr
Die Fiedermans
Voranzelge
 Montag, den 27. Februar 1928
 20 Uhr
 Abonnements-Vorstellung Serie D 14
 Zweites und letztes Gastspiel des
 Kammerängers
Nanny Larsén-Todsen
 Fidejeto

Schauspielhaus

Operettenbühne
Breslau
 Tel. Stephan 88800

Täglich 20 Uhr

„Der
 Zare-
 witsch“



Neimarbeit
 oder sonst. Erw. bis
 20-25 Verb. tag
 vermil bei Einf. von
 1.20 u. für. gen.
 Adresse: P. Rüdiger 11,
 Mannheim

Grüner Pollak

Restauration und Frühstückstube
Breslau, Reuschestr. 64

Vom 20 bis 26. Februar 1928
Großes Bockbierfest
 in stimmungsvoll dekorierten Räumen
 bei guter Unterhaltungsmusik
Anstich von Naase- u. Kibling-Bock
 Das Beste aus Küche und Keller
 Es laden ergebenst ein **Melzer u. Frau**

Monatliche Gemeinde Breslau e. V.

Grünstraße 14/16
 Mittwoch, den 22. Februar 1928, 20 Uhr
Öffentlicher Diskussions-Abend
 Genosse Kurt Kramer spricht über:
 „Privateigentum, Religion u. geistlicher Marxismus“
 Freie Aussprache
 Eintritt frei
Der Vorstand

Circus Busch

Schau-Arena
 Täglich 2 Vorstellungen
 6 und 8 Uhr
 Gastspiel der
Numbold
 Film G m. d. H.
 Berlin mit dem
**Sexual-
 Aufklärungs-
 Film**
„Gesetze der Liebe“
 Jugendl. verboten

Waderjoden (Sportbillie, Herrschmucke)
 1.50 Mt., Sportmittel
1.75 Mt., Winterkletter, Herrenkletter,
Zigaretten, Zigarren weit unter Preis
Lombardhaus, Breslau, Salvatorplatz 4

**Masken
 und Theater-Kosmetik**
 neu u. preisgeprüft — leicht billigst
 größtes Spezialhaus
H. Wiersin Breslau, Messergasse 50
 Am Neumarkt — Tel. O. 406

Kriegs- u. Liquidationsgeschädigten- Versammlung

am Donnerstag, 23. Febr. 1928
 abds. 8 Uhr, in den Zentralbahnhallen,
 Westendstraße (früher Kronprinz)
 Referent:
Reichstagsabgeord. Jodasch-Berlin
 Thema:
**Was bringt das
 Kriegsgeistesgeschädigtengesetz?**
SPD, Ortsgruppe Breslau

Musikhaus „Odertor“

Viozenzstr. 59, Ecke Elbingstr.
 Separate Vorspielräume
Sprechapparate u. Schallplatten
 sow. Musikinstrumente aller Art
 billigst in großer Auswahl
 bei bequemer Teilzahlung

Reite

n Serge, Sittal, Leinwand, Hermelfutter und Rohhaare sehr billig. Batteline Meter 2 Mt., Garn 1000 Meter 25-30 Pf., Mato-Schnürventel 100 Paar 2- bis 8.- Mt., Knöpfe Dgd. 3 bis 10 Pf., Perlmutter Niesel 13 Pf., 1 Dose Erdal 15-20 Pf. Alles prima Bar. Detail nach Katalog **Bertold Lipper** Breslau **Heinrichstraße 1** Telefon: 20.77.1 **Weißgerbergasse 4.**

Genossen
 werbt für
Eure Presse!

Odertor-Lichtspiele | **Apollo-Lichtspiele**
 Weinstraße 53/55 | Adalbertstraße 8
Die Donnerstag der stark. Nachfrage wegen
gleichzeitig in beiden Theatern:
„Feme“
 Der meistgelesene Roman der „Berliner Illustr. Zeitung“ von der tragischen Schuld einer verhetzten Jugend wird erschütternd vor Augen geführt. Ein junger Fanatiker in den Händen gewissenloser Verführer, als Mörder von O. i. zu Ort gehetzt, um endlich im Irrenhaus eine Zuflucht zu finden.
Gutes Belprogramm!
 Besuch der ersten Vorstellungen dringend empfohlen!

Führer durch die Geschäftswelt

Breslau-Ost

Medizinal-Drogenhaus R. Binas Ofenerstraße 27 Chemikalien, Parfümerien, Farben 1634	Anna's Waren und Bäckere Paul Lorenz Breslau, Bahnhofsstraße 21 8167
Angenehmes Familienlokal Frans Brückner Ofenerstraße 28 8164	Blumenhaus für Freud u. Leid Emma Adler Tautenzienstr. 165 8164
„Jeder Arbeiter kauft gut u. preiswert in der einbäd rei“ H. Dziallas Gronstraße 4 8148	Blumenhaus für Freud u. Leid Emma Adler Tautenzienstr. 165 8164
„Jeder Arbeiter kauft gut u. preiswert in der einbäd rei“ H. Dziallas Gronstraße 4 8148	Angenehmes Familienlokal Rudolf Pache Brüderstraße 24 8175
Fahrradhaus Schlapp , Tautenzienstr. 149 Fahrräder in allen Preislagen Fachmann. Reparatur - Werk-tatt 8163	Fischwaren-Bezugs-geschäft Kurt Rühl Worwerfstr. 78 81638
Fahrräder - Grammophone Hoch, Klosterstr. 103 81619	Angenehmes Familienlokal Wolfs Gaststätte Königsgraben Ecke Tautenzienstr. 1634

Genossen! Beachtet beim Einkauf unsere Inserenten!

Breslau-Süd

Gaststätte
F. Mittwoch
 Sadowastraße 26
 81613

Möbel auf Teilzahlung
 bei Fahrroth, Neudorfstr. 13
 81644

Breslau-Zentrum

Ällerfeinste Auszugsmehle, Kolonialwaren Hermann Berger Ritterplatz 13 81647	Brot-, Weiß- und Feinbäckerei Albert Seibert Hubenstraße 41 81639	„Bettfedern“ neuzeitl. Reinigung Dutscheke Margaretenstr. 15 (Hofgebäude) 81638	Jeder Arbeiter kauft gut und preiswert in der Fleischerei von Karl Morawe Malergasse 23-24 31635
Weinbrand Rum - Liköre D. Kochmann Weidenstrasse 25 81615	Schuhhaus Kloss Maß-u. Renatur-Werkstatt Breite Straße 21 Reell u. preiswert 81647	Jeder Arbeiter kauft reell und preiswert in der Fleischerei von Wilhelm Jäckel Hummerel 29 81630	

Genossen! Berücksichtigt beim Einkauf von Waren nur unsere Inserenten!

Vorsicht!

Wieder versuchen angebliche Inseraten-Werber von der Fa. S. A. Günther & Sohn, A.-G. Berlin SW 11, Schöneberger Straße 9, bei den Inserenten der „Arbeiter-Zeitung“ Gelder zu kassieren und unter Vorpiegelung fallcher Tatsachen Abschlüsse für die „Arbeiter-Zeitung“ zu machen. Wir warnen hiermit die verehrte Geschäftswelt vor Abschlüssen mit Personen, die sich nicht mit einem Ausweis der „Arbeiter-Zeitung“ legitimieren können.

Berlag der „Arbeiter-Zeitung“

Führer durch die Geschäftswelt

Liegnitz

Max Süßmann Mittelstraße 11 Herren- u. Knabenbekleidung 8 332	Herren- und Knabenkonfektion Herrenart-tel S. Harlam Ring 46, am Fischmarkt 80114
Kaffeebrennerei Garen Richter Fleisch- und Wurstwaren, Burgstr. 54 80173	Möbel P. Höhne Goldberger Str. 74 8 331
Fameaux Otto Baumgart nur Schlossstraße 26 8174	Bäckerei und Konditorei Bernhard Hanse , Wilhelmstraße 11 80415
Zigaretten, Zigarren, Tabak F. Sperling , Breslauer Str. 45 80175	Bereidungsinstitut „Zum Frieden“ und Saramagazin, billigste Preise Breslauer Str. 60, Fernruf 1323 80413
Butterhalle Vittoria Frauenstr. 19 Billige u. reelle Versorgungsquelle für Molkerei- u. Landbutter, Margarine, div. Käse 80731	Sämtliche Musikinstrumente für Hf.B. So. Schwarz, Musikhaus Egnagogenstr. 2. Teilzahlung gestattet! 83 72
Glas-Schulmann, Mittelstr. 63/64 Glas, Porzellan, Steingut, Emaille 80171	Brot-, Weiß- und Feinbäckerei H. Bürger , Jauerstr. 17 80335
Fahrräder, Kinderwagen, Porzwaren H. Kuchelsh , Corthausstr. 14 80176	W. P. Bollmann, Herren-Artikel 7./71 Kaufhaus, Burgstr. 79/71 im 1. Viertel vom Ring links 80769
Berufs-bekleidung H. Schrag , Breslauer Straße 17 80270	Max Jutter, Ring 9/10 Kleiderstoffe, Leinen, Baumwoll-waren, Putz, Damen-Konfektion, Kurzwaren, Strümpfe, Wollwaren 8 120
B. Zielenkowski Balanterie- u. Lederwaren, Frauenstr. 26 80323	

Lauban

Herren- u. Knaben-Bekleidung fertig und nach Maß Streng reell! — Solide Preise! Kurt Simon , Weidenstr. 23 81052	Kinderwagen / Karren Max Hoffmann , Gürtler Str. 10 81074
	Anton Piz , Nitoleistraße 23 Kühnartitel, Hülfenstr., Kolonialwaren 81053

Kozenau

Zigarrengeschäft
Wilhelm Lehmann, Ring 7
 80418

Bunzlau

L. Grundmann, Grabenbergerstr. 52
 Fleisch und Wurstwaren
 80418

Penzig

Schneiderei, Weiß- u. Wollwaren
Paul Gieseler, Wilhelmstraße
 80325

Kaufhaus Hermann Krause

erstes u. größtes Spezialgeschäft a. Platz
 80417

Sagan

Friz Skopin, Alter Ring 32
 Das führende Haus
 für Herren- u. Knabenbekleidung
 bez.: Berufs- u. Arbeiter-Bekleidung
 80335

Genossen! Kauft nur bei unseren Inserenten!

INSERATE in der „Arbeiter-Zeitung“
 finden weitest Verbreitung und haben stets die größten **ERFOLGE!**

Die Macht des Eisenkapitals

Die Aussperrung der 800 000 deutschen Metallarbeiter wird offiziell von dem „Gesamtverband deutscher Metallindustrieller“ vertreten, welcher die Interessen der eisenverarbeitenden Industrie vertritt. Doch die Kapitalisten der Fertigungsindustrie spielen seit langem keine selbständige Rolle mehr; sie sind vollständig von den Rohstoffkapitalisten des Ruhrgebiets abhängig geworden, die die grundlegenden Produktionsmittel der deutschen Wirtschaft mit Beschlag belegt haben. Die Herren über Stahl und Kohle bestimmen durch ihre Rohmateriallieferungen nicht allein die Produktionskosten der weiterverarbeitenden Industrie, sie herrschen auch über einen großen Teil deren Absatzmarktes (der Maschinenbezug der Montanonzugwerke) und sie sind in vielen Fällen auch unmittelbar zu Aktionären der weiterverarbeitenden Unternehmen geworden. Die sächsischen Döhler-Werke zum Beispiel, von welchen der neue Lohnkonflikt seinen Ausgang genommen hat, gehören einem Konsortium Paul Rohde-D. Wolff; dabei ist Wolff bekanntlich einer der führenden Großaktionäre des Stahltruffs. Auch an den anderen großen Metallverarbeitungs-Unternehmen in Mitteldeutschland, den Linde-Hofmann-Werken, ist ein Großaktionär des Stahltruffs, Friedrich Fild, ausschlaggebend beteiligt. Es kommt hinzu, daß die Banken, die in der verarbeitenden Industrie ausnahmslos das erste Wort führen, in einer Front mit den Schwerindustriellen marschieren und jedem Unternehmen die finanzielle Unterstützung entziehen, welches wider den Stachel zu ledern versucht. So kommt es, daß die Stahlkapitalisten auch über die Sozialpolitik der verarbeitenden Industrie entscheiden. Sie sind es, die auch die neue Astenausperrung geführt und organisiert haben, nachdem ihr eigener Angriff im Dezember abge schlagen worden ist. Sie sind bei ihrer Politik, die Gesamtarbeiterschaft zu provozieren, geblieben, nur gehen sie jetzt indirekt vor und schieben ihre Knechte, die vielen kleinen Verarbeiter ihrer Erzeugnisse, denen sie mit einer weiteren Eisenpreiserhöhung gedroht haben, in die vorderste Kampflinie vor. Niemals würde die verarbeitende Industrie einen solchen Kienkampf gewagt haben, wenn sie dabei nicht, wie es jetzt der Fall ist, auf den Schultern ihres größeren Bruders, des Stahlkapitals, kämpfen dürfte.

Weil die Eisenwerke auf lange Zeit hinaus den Generalstab bei der Unternehmerröscherei gegen die Arbeiterbewegung bilden werden, was nicht allein auf dem wirtschaftlichen, sondern auch auf dem politischen Gebiete zutrifft, ist es wichtig, über die Größe ihrer Macht und über ihre Organisation stets auf dem Laufenden zu sein. In dieser Stelle wollen wir einige Fragen dieser Art mit ein paar Zahlen illustrieren: In welchem Maße wird die Eisenindustrie von den Konzernen und Trusts beherrscht? Wie groß sind die Kapitalien und die Gewinne dieser Gruppen? Welche Kräfte haben innerhalb dieser Gruppen die Führung?

Wie wird die Produktion beherrscht?

Die deutsche Rohstahlgemeinschaft, die sämtliche Unternehmungen dieses Industriezweiges erfaßt, verteilt ihre Produktionsquoten folgendermaßen:

	in Millionen Tonnen	Prozent der Gesamtproduktion
Stahltruff	6,69	
Nicht abhängige Gesellschaften	1,75	
	8,44	51,5
Krupp	1,79	
Haniel	1,08	
Hoersch	0,90	
Klödner	0,89	
Röchling	0,88	
Arbed	0,72	
Sechs Großkonzerne zusammen	6,26	38,3
Sechs andere Gruppen	1,68	10,3
	16,38	100,0

Daraus geht hervor: Die deutsche Stahlindustrie wird gegenwärtig von 13 Kapitalgruppen beherrscht. Von diesen Gruppen kontrolliert der Stahltruff (Vereinigte Stahlwerke A. G.) allein mehr als die Hälfte der Gesamtindustrie; sieben größte Konzerne kontrollieren rund 90 Prozent der Gesamtindustrie; die ersten fünf von ihnen gehen bei allen großen Transaktionen (Ferngasversorgung, Kohlenchemie usw.) zusammen; der Arbed-Konzern gehört einer luxemburgisch-belgisch-französischen Kapitalstengruppe. Stahltruff und Krupp allein beschäftigen nahezu 300 000 Arbeiter und Angestellte.

Im Kohlenbergbau, der zweiten Machtstütze der Ruhrkapitaldynastie, sind die Verhältnisse ähnlich. Der Stahltruff fördert jährlich 26 Millionen Tonnen, Krupp 7,2, Klödner 4,6, Hoersch-Köln-Neuessen 4,5, Haniel 4,2. Die fünf Gruppen zusammen fördern rund 50 000 000 Tonnen bei einer Gesamtförderung des Ruhrkohlenbergbaus von 118 Millionen Tonnen.

Wie groß sind die Kapitalien?

Den wirklichen Reichtum der Ruhrkönige kennt niemand, zumal ihre Interessen nicht allein in der Schwerindustrie konzentriert, sondern über die verschiedensten Branchen verteilt sind. Die Zahlen aber, die ihre Gesellschaften in den Bilanzen angeben, stimmen nicht. Vor der Öffentlichkeit bewerten die Konzerne ihr Eigentum um Vielfaches niedriger, als es sich in Wahrheit verhält, um die Steuerbehörden zu betrogen, die Arbeiterchaft irrezuführen und die Kleinaktionäre zu entzweigen. Man nennt solche lägerischen Zahlen „Buchwerte“, im Gegensatz zu den richtigen Werten, die ein Geheimnis der Verwaltung, der paar Großaktionäre und der amerikanischen Finanzmänner der Gesellschaft bleiben. Immerhin geben die Bilanzen folgendes Bild über die Kapitalisierung der Ruhrkonzerne:

in Millionen Mark	Aktienkapital	Beteiligungen und Reserven u. Wertpapiere	Bilanzsumme
Stahltruff	880	391,5	2037,2
Mitteldeutsche Stahlwerke	55	16,8	108,8
Krupp	186	67,7	419,2
Hoersch-Köln-Neuessen	187,1	25,1	214,4
Klödner	114,9	20,9	220,6
Haniel	151	90,5	250,3
5 führende Gruppen zus.	1577	613,6	3250,5

Diese Zusammenstellung erfaßt nur die Kapitalisten der Hauptgesellschaften der betreffenden Konzerne. Würde man noch die unzähligen „Tochtergesellschaften“ und die kontrollierenden Unter-

nehmungen hinzufügen, so müßte die Gesamtsumme eine gewaltige Steigerung erfahren.

Wie hoch sind die Gewinne?

Ueber diese Frage sind vollständige Zahlen überhaupt nicht zu beschaffen. Diejenigen Summen, die in Form von Dividenden zur „Ausfütterung“ gelangen, stellen nur einen geringen Teil des kapitalistischen Reingewinns dar; der Rest wird auf verschiedenste Weise versteckt und verschoben, sei es durch Ansammlung aller Reserven (die „Fettpolster“ der Bilanz), sei es durch Auszahlung ungeheurer Verwaltungsgehälter und Aufsichtsratsentlohnungen. Krupp, dessen Betriebsüberschüsse im letzten Jahr von 33 auf 50 Millionen Mark und dessen Bankguthaben von 11 auf 42 Millionen Mark gestiegen sind, hat überhaupt keine Dividende verteilt, weil seine Familie sämtliche Aktien des Unternehmens besitzt und die öffentliche Prozessur also gar nicht braucht.

in Millionen Mark	Rohgewinn	Reingewinn	Dividende	Prozent
Stahltruff	189,6	52,9	48	6
Mittelb. Stahlwerke	11,3	3,7	3,5	7
Krupp	49,4	13,1		
Klödner	32,9	7,2	6,3	7
Hoersch-Neuessen	zirka 30-35	9,5	9,3	9
Haniel	10**	6,5	4,8	6

* Verdoppelte Halbjahreszahlen.
** Nur Oberhausen-Gesellschaft.

Wer sind die Nutznießer?

Es handelt sich um ein Häuflein Industriefamilien, um ein paar amerikanische Finanziers und um eine Reihe von Banken in Deutschland. Bei den „Generalversammlungen“ dieser Konzerne entscheidet immer ein und derselbe Klüngel von Leuten, die sich bequem um einen Tisch setzen können. Beim Stahltruff sind es die Familien Thyssen, Wolff, Böglner, Funke, Poensgen, Siemens, Baare und einige andere. Außerdem sitzen im Aufsichtsrat des Stahltruffs acht Bankiers, vor allem der Trustkönig Jakob Goldschmidt. Auf der

einen Seite 200 000 Arbeiter, auf der anderen — zwei Duzend Industrie- und Finanzkapitalisten. Bei Krupp sitzen acht Bankiers, bei Klödner zwölf. Würden die Großaktionäre aller dieser Konzerne zur physischen Arbeit gezwungen werden, so hätten sie alle zusammen genommen, kaum die Größe einer Kleinbetriebsbelegschaft erreicht.

Aus der Zusammenstellung ergibt sich: die fünf führenden Kapitalgruppen im Ruhrgebiet (Stahltruff mit Anhang, Krupp, Klödner, Haniel und Hoersch) haben 1 1/2 Milliarden Eigenkapital, 8 1/2 Milliarden gesamte Mittel, erhalten rund 100 Millionen Mark jährliche Dividende (Durchschnittssatz von 7 Prozent, berechnet auf ein Aktienkapital von insgesamt über 1,3 Milliarde Mark); kontrollieren 50 Prozent der gesamten deutschen Stahlproduktion, rund die Hälfte der Ruhrkohlenförderung und ein Drittel der deutschen Gesamtförderung. Leonid. G.

Achtung! Ausschneiden!

An alle Ortsgruppen

Im roten März, im proletarischen Kampfsmonat, ruft euch eure Zeitung zur Verarbeitung auf.

Eure Ehrenpflicht ist es:

1. Sofort zu beschließen, wann ihr im März eine Werbung vornehmt.
2. Schon jetzt zu beraten, wie die Werbung durchgeführt werden soll.
3. An Verlag und Redaktion das Werbebudget mitzuteilen, damit ihr Verkaufsexemplare und mehr Text in der Zeitung erhaltet.

Genossen, unterstützt euer Kampforgan! Treue um Treue.

Verlag und Redaktion.

Zurück zum Mittelalter

Die Breslauer Landwirtschaftskammer gegen Arbeitslosenunterstützung und für ein Zuchtengesetz gegen Landarbeiter

Breslau, 21. Februar.

Die Führer des Schlesiens Landbundes, die v. Richthofen und Konforten, lassen seit einigen Wochen keinen Sonntag vorübergehen, ohne die Massen der wirklich mitleidenden Bauern zu Kundgebungen zusammenzurufen, bei denen der Schrei nach weiterem Postwucher von den Großagariern erhoben wird. Von der wirklichen Not der Kleinbauern und ihren Forderungen von der Aufhebung der Futtermittelzölle ist bei diesen Aufmärschen mit Rülhenschwur und Deutschlandlied natürlich nicht die Rede. Dafür lassen die Großagariere alle Künste der Demagogie spielen, um den wertvollen Bauern gegen den Industriearbeiter, besonders aber gegen den Arbeitslosen, auszuspielen. Am Sonntag fand wieder mal eine vom Landbund inszenierte Kundgebung in Trachenberg statt. Charakteristisch für die wachsende agraristische Unverschämtheit ist die Tatsache, daß auch die von Staat und Provinz subventionierte Landwirtschaftskammer sich an der Fege gegen die Arbeitslosen beteiligte und am Sonnabend folgende Entschliebung faßte.

„Das Arbeitslosenversicherungsgesetz hat Folgen zeitigt, welche für die Landwirtschaft untragbar sind und zu ihrer schweren Schädigung geführt haben. Wir fordern mit größter Beistimmung eine entsprechende Abänderung dieses Gesetzes. Bis diese erfolgt, müssen bei der Kontingentierung der Zulassung ausländischer Arbeiter die Bedürfnisse der Landwirtschaft in weitgehendstem Maße berücksichtigt werden. Auch sind geeignete Maßnahmen zu treffen, daß die für die schlesische Landwirtschaft untragbare Abwanderung einheimischer ländlicher Arbeiter aus Schlesien unterbleibt. Schließlich muß die Produktionsfähigkeit der Landwirtschaft durch strafrechtliche Verfolgung von Kontraktbrüch gesichert werden.“

Diese Entschliebung der Landwirtschaftskammer wurde auf der

Tagung in Trachenberg mit großem Beifall verlesen. Sie zeigt, daß die Landbändler auf der ganzen Linie vorstoßen.

Erst vor einigen Tagen haben die Bürgerblockparteien im Reichstag eine Interpellation gegen die Arbeitslosenversicherung auf dem Lande eingebracht, in der sie behaupten, daß ländliche Arbeitskräfte sich infolge der hohen Erwerbslosenlöhne von der Arbeit drückten. Nunmehr verlangen die Ritter von Har und Halm Aufhebung der Freizügigkeit und Gefängnis für diejenigen ländlichen Arbeiter, die nicht gemillt sind, sich mit dem Hungerlohn von 18 Mark bei 60stündiger Arbeitswoche von den Fronböglern der Junker mit der Peitsche traktieren zu lassen. Diese Forderungen wagt die schlesische Landwirtschaftskammer mit der schamlosen Begründung zu erheben, daß der kleine Bauer unter dem Arbeitsmangel leidet, obwohl es feststeht, daß gerade der kleine Landwirt hauptsächlich mit Familienmitgliedern arbeitet. Nicht minder verlogen ist die Behauptung von dem Mangel an Arbeitskräften auf dem Lande. Nach Nr. 3 des „Reichsarbeitsblattes“ Jahrgang 1928 waren am Schlusse des Dezember 1927 bei den Arbeitsnachweisen aus der Berufsgruppe Landwirtschaft 48 157 männliche und 22 098 weibliche, zusammen 70 255, Arbeitsjuchende vorhanden. Die Zahl der unbesetzten Stellen in der Landwirtschaft belief sich aber zu diesem Zeitpunkt nur auf 6946 offene Stellen für männliche und 3834 offene Stellen für weibliche Personen. Die Zahl der arbeitssuchenden landwirtschaftlichen Arbeitskräfte war demnach im Dezember 1927 5 1/2 mal höher als die Zahl der offenen Stellen. Damit ist erwiesen, daß die Großgrundbesitzer die in Trachenberg versammelten Kleinbauern wieder einmal infam belügen haben.

Zum 10. Jahrestag der Roten Armee

Anfangsunterricht in der Kaserne



Goll der DDB. Unterstühtungsverein werden?

Die freien Gewerkschaften haben unter reformistischer Führung, entsprechend der Einstellung der sozialdemokratischen Führer zum kapitalistischen Staat, den Boden des revolutionären Klassenkampfes vollkommen verlassen. Sie arbeiten unter dieser Führung mit am Aufbau der kapitalistischen Wirtschaft. Vergessen sind die Lehren von Karl Marx — der Sozialismus ist in nebelhafte Ferne verlagert. Als Erfolg böhrte wollen sie den Arbeitern ihre „Wirtschaftsdemokratie“ schmachten machen. Die Förderung des staatlichen Schlichtungsweßens, mit dessen Hilfe die Lebenshaltung der Arbeiterklasse gewaltsam heruntergedrückt wird, ist der Ausfluß der wirtschaftsrechtlichen Einseitigkeit. Durch die Unterstützung der kapitalistischen Rationalisierung haben sie erreicht, daß die Unternehmer märchenhafte Gewinne einheimsten, während die Arbeiterklasse immer mehr verelendet. Eine direkte Folge dieser staatsbehaltenden Politik — des Vermeidens jeder Erschütterung der kapitalistischen Wirtschaft durch Lohn- und Arbeitszeitkämpfe — ist der Bürgerkrieg, der die offene Diktatur der Großbourgeoisie vorbereitet. Die SPD-Gewerkschaftsführer haben sich, getreu dem Ulsterdingischen Programm ihrer Partei, im kapitalistischen Staat häuslich eingerichtet und müssen so den Kampf der Arbeiter als Klasse gegen die Unternehmerklasse zur Durchsetzung ihrer sozialen Forderungen verhindern, weil er ja die Stabilisierung ihres kapitalistischen Staates erschüttert. Weil sie jeden Einsatz der in den Gewerkschaften organisierten Macht der Arbeiterklasse sabotieren und sich auf parlamentarische Gerode beschränken, werden die Unterstützungsfähigkeit der staatlichen Sozialversicherungen nicht nur nicht höher, sondern die Versuche der Bourgeoisie, sie abzubauen, immer härter.

Ihrer wirtschaftsrechtlichen Linie folgend, degradieren die Reformisten die ehemaligen Kampforganisationen der Arbeiterklasse immer mehr zu reinen Unterstützungseinrichtungen. Verschiedene Gewerkschaften haben schon neben den bisherigen Unterstützungseinrichtungen die Alters- und Invalidenversicherung eingeführt. Die DDB-Führung wollte bis vor kurzer Zeit bei den Arbeitern noch den Eindruck erwecken, als ob sie im Verhältnis zu den anderen Gewerkschaftsführern eine radikalere Politik betriebe. Die Bewegungen der Metallarbeiter im Jahre 1927 dagegen haben gezeigt, daß die sozialdemokratischen Führer des Metallarbeiterverbandes sich in nichts von ihren Parteifreunden in den anderen Verbänden unterscheiden. Entsprechend der früher eingenommenen Haltung wurde auf den Verbandstagen die Einführung der Alters- und Invalidenversicherung stets abgelehnt. Auf dem letzten Verbandstage in Bremen wurde in Folge der immer offensichtlicher werdenden Rechtschwendung der DDB-Führung der Vorstand beauftragt, die Frage der Einführung der Alters- und Invalidenversicherung zu prüfen. Damit wurde offenbar, daß die DDB-Führung, trotz mancher radikaler Reden, an einen ernsthaften Kampf gegen das kapitalistische System nicht denkt. Der § 1 Absatz 3 des Statuts, wo es heißt:

„Der Deutsche Metallarbeiterverband steht auf dem Boden des Klassenkampfes. Er erstrebt die Ueberleitung der privatkapitalistischen Produktionsweise in die sozialistische.“

ist nur noch eine Verzierung, die aus Tradition beibehalten wird. Der Vorstand ist über den Auftrag des Verbandstages, die Möglichkeit der Einführung zu prüfen, weit hinausgegangen und hat gleich eine Vorlage ausgearbeitet. Im erweiterten Beirat wurden starke Bedenken erhoben, doch hat die Mehrheit grundsätzlich der Einführung der Invalidenversicherung zugestimmt. Der Hauptkassierer Schäfer erklärte dabei:

„Wenn wir denen, die nicht mehr arbeiten können, helfen wollen, können wir nicht warten, bis unsere Macht im Staat dafür stark genug ist.“

Gibt es eine härtere Charakterisierung der reformistischen Politik, die die Gewerkschaften zur Ohnmacht verurteilt? Der nicht kämpft, kann auch vom kapitalistischen Staat keine Erhöhung der sozialen Leistungen erreichen. Die Macht der Gewerkschaften im Staat ist jetzt schon stark genug, um den Willen der Arbeiter durchzusetzen. Legen wir es, der das Wort prägte, „daß keine Regierung sich gegen den Willen der Gewerkschaften auch nur 24 Stunden halten könne“. Die Reformisten vertreten die Arbeiter auf dem Stimmzettel bei den Wahlen, während sie in Wirklichkeit, können auf Ministerposten, nicht einmal die parlamentarische Kraft der Arbeiterklasse ausüben.

Betrachten wir uns die Vorlage der Invalidenversicherung etwas genauer. Nach ihr erfordert die Einführung der Invalidenversicherung eine Beitragserhöhung in der ersten Klasse von 30 Pf. wöchentlich, in der zweiten 25 Pf., in der dritten 20 Pf. Der Hauptkassierer Schäfer legte bei der Begründung dieser Beitragserhöhung, daß die neuen Einkommen der Arbeiter angepaßt sei, damit die Lasten von den Mitgliedern leicht getragen werden können. Da der Beitrag in der ersten Klasse mit den Lohnzuschlägen schon 1,20 bis 1,30 Mark beträgt, erhöht er sich notwendigerweise auf 1,50 bis 1,60 Mark. Es das eine „Anpassung“ an das Einkommen der Metallarbeiter ist, mag bestritten werden, wenn man betrachtet, daß der Durchschnittslohn der gesamten Metallarbeiter nach den Angaben des DDB im Jahre 1926 71,6 Pf. und bei den Angehörigen 57,5 Pf. beträgt. Für 1927 liegen noch keine Zahlen vor, doch hat sich der Durchschnittslohn nicht wesentlich geändert, so daß die Höchstberechtigten Arbeiter beim besten Willen nicht imstande wären, dem Verband beizutreten und die hohen Beiträge zu bezahlen.

Für diese Leistung der Mitglieder sollen nach zehnjähriger Beitragszahlung im Falle der Invalidität 240 bis 300 Mark in der ersten Klasse Rente pro Jahr gezahlt werden, wobei die bisherige Beitragszugehörigkeit von 320 Wochen aufwärts entsprechend angerechnet werden soll. Was bedeutet im Falle der Invalidität eine Jahresrente von höchstens 300 Mark? Sie sind ein Zeitalter, der die Kollegen im Alter oder bei Invalidität nicht vor Verelendung schützt. Die Invalidenunterstützung soll lediglich eine Ablenkung der Mitglieder von der Tatsache sein, daß der Verband den Kampf, den Staat zur Erfüllung seiner sozialen Pflichten zu zwingen, nicht läßt. Für die SPD-Führer in den Gewerkschaftsvorständen ist es nämlich viel bequemer, den Arbeitern neue Posten aufzubauen, als den Kampf um die Erhöhung der sozialen Leistungen zu führen. War schon die Einführung der Renten- und Arbeitslosenunterstützung, für welche letztere der DDB im Jahre 1926 23 779 552 Mark und damit 65,26 Prozent seiner Gesamteinnahmen ausgegeben hat, eine Beweiskraft des Kampfcharakters, so bedeutet die beschriebene Einführung der Invaliden- und Altersversicherung die Herabwürdigung des Verbandes zu einem Unterstützungsbureau. Die Annahme, daß durch Einführung dieser Unterstützungseinrichtungen die Mitglieder außer Verband gebunden werden, ist kaum hinlänglich, weil sie doppelt und dreifach ungegründet wird durch die Tatsache, daß Schulausfälle von Kollegen aus materiellen Gründen den Verband verlassen und ihn erst recht nicht beitreten werden. Eine Gewerkschaft soll und muß ein Kampforgan und keine Unterstützungskasse sein. Unterstützungen haben nur dann einen Sinn, wenn sie die Kampfkraft der

Arbeiterklasse erhöhen. Die Einführung der Invalidenversicherung ist nur ein Schritt weiter in den wirtschaftsrechtlichen Sumpf. Sie entlastet den kapitalistischen Staat von seinen Verpflichtungen. Die Sätze der staatlichen Unterstützungseinrichtungen werden unter Hinweis auf die Unterstützung der Gewerkschaften bald noch mehr abgebaut werden. Diesen Weg in den reformistischen, wirtschaftsrechtlichen Sumpf muß mit aller Entschiedenheit von der Mitgliedschaft entgegengesetzt werden muß. Die oppositionellen Metallarbeiter lehnen die Alters- und Invalidenversicherung durch den Verband ab. Sie fordern dagegen den Ausbau der Streik- und Mahrregelungsunterstützung. Die Mitglieder des Metallarbeiterverbandes müssen die Opposition in ihrem Kampf gegen diesen Versuch der Reformisten, den Verband zu einem Unterstützungsbureau zu machen, unterstützen, indem sie in den Mitgliederversammlungen dem Vorstand die Vorlage zur Invalidenunterstützung zerreißen vor die Füße werfen. Darüber hinaus muß die Mitgliedschaft den Kampf aufzuheben gegen die reformistische Politik im Verband und revolutionäre Arbeiter als Funktionäre in den Betrieben in die Ortsvereine wählen.

Aus Betrieb und Werkstatt



Erster Arbeiter: „Sag mal, Kollege, wie ist es möglich, daß ein paar Unternehmer 800 000 Metallarbeiter ausperren können?“
 Zweiter Arbeiter: „Ganz einfach, weil 800 000 Metallarbeiter dank der „betäubten“ reformistischen Bürokratie nicht vorhanden haben, ein paar Unternehmer auszusperren.“

Aus dem Breslauer Sinter-Hofmann-Betrieb

Generalkreuz die einzige Möglichkeit
 Ein bei Sinter beschäftigter sozialdemokratischer Arbeiter erzählt mir:
 „Als ich im Jahre 1906 bei Sinter gearbeitet habe, hatte ich als Dreher die Woche meine 40—48 Mark. Wenn ich jetzt daselbe verdienen will, so muß ich zu mindest das dreifache leisten. Es ist bald nicht mehr zum Aushalten. Ich bin bloß gespannt, ob der DDB jetzt zum Generalkreuz aufrufen wird. Das ist die einzige Möglichkeit, die provokatorische Drohung mit der Ausperrung erfolgreich zu parieren.“
 Ich: „Ist das deine persönliche Auffassung, oder denken die anderen Kollegen ebenso?“

Aus aller Welt

Zwei Flugzeugunglücke

Bei einer Flugzeugkollision in Macon (Georgia) kürzte ein Flugzeug, in dem sich zwei Piloten befanden, infolge vorzeitiger Explosion einer aus einer Höhe von 7000 Fuß abgeworfenen Luftbombe ab. Die Bombe traf eine Tragfläche und riß dem Flugzeugführer den Kopf ab. Das Flugzeug verlor das Gleichgewicht, stürzte ab und schlug in einer Hauptverkehrsstraße auf. Ein Passant wurde getötet, zwanzig Personen leicht verletzt.

In Columbia verunglückte ein Flugzeug infolge eines Windstoßes, der das Flugzeug kurz vor der Landung gegen den Signalarm der Eisenbahn brach. Das Flugzeug geriet in Brand. Der Flugzeugführer wurde schwer verletzt. Zwei Mädchen, die mitgefliegen waren, sind in den Flammen umgekommen. Es war ihr erster Flug gewesen, und sie hatten den Piloten geduldet, trotz des schlechten Wetters mit ihnen zu fliegen.

Bürgerlicher Sport

In Paris kam es Sonntag im Anschluß an ein Fußballspiel zu einer wilden Schlägerei. Die Zuschauer waren mit dem Ausbruch des Spiels ungenügsam zufrieden, daß sie zunächst dem Schiedsrichter eine Anzahl Prügel verabreichten. Ein Spieler erhielt einen lebensgefährlichen Messerstich in den Rücken. Während des Handgemenges fielen auch einige Revolverkugeln, die glücklicherweise keinen Schaden anrichteten.

21 Personen ertranken. Ein furchtbares Fährtenunglück ereignete sich in der Nacht von San Franzisko. Der vordere Teil des Dampfschiffes „Peralta“ wurde von einer hunderttönen Wellen erfaßt. Rund 40 Personen, die sich auf Deck befanden, wurden in die See gespült. Die sofort herabgelassenen Rettungsboote konnten nur 19 Personen aufnehmen. Die übrigen 21 Passagiere sind ertrunken. Die Ursache der Katastrophe wird darin gesehen, daß sich die Passagiere kurz vor der Landung an der Spitze des Bootes zusammenhängten, um möglichst schnell an Land zu kommen. Dadurch wurde aufheulend der Weg des Dampfschiffes verengt. Des Schiffes kam mit seinem Verbleib zu diesem Tage, so daß die Leiche in ihrer ganzen Höhe über das Deck hinweggetragen konnte.

Er: „Die gesamte Belegschaft hält den Generalkreuz für notwendig. Aber auf den DDB ist ja kein Verlaß.“

Streik im großen Maschinenbau

Die Betriebsleitung arbeitet unermüdet an der Steigerung der Arbeitsleistung in kleine Sektoren. So passierte es am Es wird ein hartnäckiger Meinungskrieg um die Preise geführt. Mögliche Arbeitsleistung sind keine Sektoren. So passierte es am Donnerstag vergangener Woche, daß die etwa 800 Mann der Abteilung Großer Maschinenbau die Arbeit zum Mittag einstellten und sie erst wieder aufnahmen, nachdem ihren Forderungen Rechnung getragen wurde. Wer will da noch behaupten, daß die deutschen Arbeiter nicht kampfbereit sind?

Der Vertrauensarzt Dr. Neumann

Die Beiträge zur Krankenkasse sollen von 8 auf 7,5 Prozent erhöht werden. Ob die ärztliche Behandlung dadurch eine Besserung erfahren wird? So, wie bisher, geht es nicht weiter. Einzig bestehend ist wohl folgender Fall: Ein Arbeiter melde sich krank und wird nach zwei Krankentagen zum Vertrauensarzt Dr. Neumann geschickt. Neumann schreibt ihn gesund. Der Arbeiter verlangt einen Schein für ambulante Behandlung in der Magklinik und wird von einem dortigen Professor krankgeschrieben. Erst nach langen sechs Wochen Krankbehandlung erhält der Arbeiter von dem Professor den Auftrag, sich bei dem Vertrauensarzt Dr. Neumann gesund zu melden. Der Arbeiter geht hin — und erhält von Dr. Neumann 14 Tage Erholungsurlaub. Ueberrischt: Ein Vertrauensarzt, zu dem man tatsächlich Vertrauen haben kann.

Kollegen, ran ans Werk!

Kollegen, ihr Klage: Auf acht, in verschiedenen Abteilungen sogar nur auf vier Arbeiter, kommt ein Beamter. Zur Berechnung und Ueberwachung einer fünfhundertstel Arbeitsstunde wird ein Kalkulator, Oberkalkulator und Kontrolleur in Bewegung gesetzt. Für einen Zylinderbeutel werden erst acht, nach dem Protest des Drehers aber 25 Stunden gegeben, usw. usw.

Kollegen, ihr fragt: Wie lange soll das noch so gehen?
 Kollegen, ihr sagt: Die provokatorische Ausperrungsandrohung der Industriellen muß mit dem Generalkreuz beantwortet werden.

Kollegen, ihr fragt: Wird der DDB zum Generalkreuz aufrufen?
 Nein, Kollegen, der DDB wird nicht zum Kampf aufrufen. Er und alle sozialdemokratischen Gewerkschaftsführer werden dem Kampf ausweichen, weil sie genau wissen, daß der Generalkreuz der Bestand der Republik und damit den Bestand der kapitalistischen Ordnung gefährden würde. Sie aber klammern sich an die kapitalistische Republik, deren „Segnungen“ ihr tagtäglich am eigenen Leib verspürt. Kollegen, wenn ihr wesentliche Verbesserung eurer Lage und den Kampf für den Sozialismus wollt, so dürft ihr euch nicht auf die sozialdemokratischen Gewerkschaftsführer verlassen, sondern selbst die Sache in die Hand nehmen. Der erste Schritt dazu ist die Unterstützung der Opposition in den Gewerkschaften und das Lesen der „Arbeiter-Zeitung“.

Der Polizist als Fassadenletterer. Ein in Hamburg patrouillierender Ordnungspolizist gewahrte in der Nacht zu Sonntag im ersten Stockwerk eines Konfektionshauses einige zertrümmerte Fensterscheiben, was auf einen Einbruch schließen ließ. Da die Haustür verschlossen war, blieb dem Beamten nichts anderes übrig, als den Einbrecher von der Außenseite des Hauses durch Klettern zu stellen. In einem der Räume stellte er einen Mann, der drei neue Anzüge angezogen hatte. Der Ueberraschte ergab sich dem Beamten. Ein Verlecher der Räume war wiederum nur auf dem Wege durch die Fenster möglich. Der Einbrecher stieg voran, der Beamte folgte ihm mit gezogenem Revolver.

Dampferzusammenstoß. Der chinesische Dampfer „Gyutaming“ ist in der Nacht zu Sonnabend in der Nähe von Schinkiang mit dem japanischen Dampfer „Atsuta“ zusammengefahren. Nach den vorliegenden Berichten sollen 300 Chinesen ertrunken sein.

Ein Felsblock auf einem Eisenbahnzug gefährt. Gestern wütete in ganz Schwaben ein heftiger Sturm. In einigen Gemeinden wurden Dächer abgerissen, Räume und Räume niedergelegt. Vor dem Personenzug aus Jägerndorf stürzte infolge des Sturmes ein Felsblock ab, der die Lokomotive mit voller Gewalt traf, so daß sie umstürzte. Die nachfolgenden drei Wagen entgleisten. Von den Reisenden wurden sechs Personen leicht verletzt. Die Störung des Verkehrs wird etwa drei Tage dauern, da der Felsen noch immer nachzuliegt.

174 Verletzte bei den Karnevalsfeiern in München. — Am 21. Februar, 20. Februar. Heute nachmittag sollte am Fischbrunnen vor dem Münchener Rathaus zum ersten Male seit 32 Jahren der alljährliche Regensprung ausgeführt werden. Die Menge durchbrach teilweise die Absperrung der Polizei, wobei viele Personen, vor allem Frauen, übertraut und zu Boden getreten oder ohnmächtig wurden. Im ganzen wurden 174 Personen als verletzt oder erkrankt abtransportiert.

Albert Thomas kommt wieder nach Oberschlesien. — Am Berlin, 21. Februar. Wie die „Boschische Zeitung“ meldet, teilte Albert Thomas in einem Schreiben an den Oberpräsidenten von Oberschlesien mit, daß er in der nächsten Woche eine neue Studienreise nach Oberschlesien antreten werde. Die vollkommene Ueberflügung der Thomasschen Besuche haben sogar die Rätowitzer Genossen des ehemaligen französischen Munitionministers zugeben müssen.
 Der britische Oberkommissar im Rheinland gestorben. — Am London, 20. Februar. Der britische Oberkommissar im Rheinland, Cecil of Errol, ist in Koblenz an einem Herzschlag gestorben.

Breslau

Der Prozeß gegen den Sparrassenantimann Paul

Das Verfahren gegen den Sparrassenantimann Paul, bekanntlich ein stämmiger Rentrümmant, schwebt nunmehr gegen zwei Jahre. Paul bestreitet sich selbst seit länger Zeit in Freiheit. Das Verfahren richtet sich nicht nur gegen Paul, sondern auch, was bisher noch nicht bekannt war, gegen sechs weitere Bediente der städtischen Wirtshäuser, die mit Paul zusammengearbeitet haben. Es handelt sich um schweres Amtsverbrechen bzw. um Beihilfe zu diesem Verbrechen. Eine große Anzahl von Gutachten war eingeholt worden, und diese sind nun endlich eingegangen. Es ist anzunehmen, daß die Verhandlung während der Gerichtsferien oder unmittelbar nach deren Anfang nehmten wird.

An die musikalische Arbeiterkammer!

Vom Arbeiter-Mandolinistenbund wird uns geschrieben: Der Bau Schellen des Deutschen Arbeiter-Mandolinistenbundes wendet sich an alle Arbeiter und Angestellte, die eine Mandoline oder Gitarre ihr Eigentum nennen. Tausende Instrumente werden die Arbeiterwohnhäuser, ohne daß deren Besitzer sich um die Zusammenfassung zu Vereinen kümmern. Hunderte wieder gehören bürgerlichen oder wilden Vereinen an. Bei der Eigenart dieser wahren Volksmusik muß sich jeder Arbeiter über das Wirken des Arbeiter-Mandolinistenbundes klar sein. Die Mandoline und die Gitarre sind die Instrumente des kleinen Mannes. Verhältnismäßig leicht erlernbar und billig in der Anschaffung, ermöglichen sie einen Lichtstrahl in die verfinsterten Arbeiterherzen. Viel Mut und Elan überwinden wir leicht, wenn wir uns in dieser Volksmusik betätigen. Punkt ist nicht das Brot, sondern der Wein des Lebens. In dieser Erkenntnis verliert sich jeder Arbeiter der Bau Schellen des D. A. M. V. seine Mitgliederzahlen zu erhöhen. Leider ist zu verzeichnen, daß wir schweren Boden zu bearbeiten haben. Wir bitten erneut alle unsere Volksgenossen, die noch Mitglied eines wilden Vereins oder gar in bürgerlichen Bunde treue Anhänger sind, geht uns eure Adresse bekannt, treten mit uns in Verbindung, auch wenn ein Uebertritt zum Arbeiterbund mit Schwierigkeiten verbunden ist, gemeinsam wollen wir beraten, wie wir — auch musikalisch — für die freie Arbeiterbewegung am vorteilhaftesten wirken können. Im Jahre 1929 findet das gewaltige Welterkonzert der Arbeitermandolinisten aller Länder statt. Deutsche, Dönerreicher, Holländer, Franzosen, Russen usw., sie alle kommen, um für die Arbeitermandolinistenmusik und für den Völkerverständnis zu demonstrieren. Und Ihr, schließliche Arbeiter, wollt Ihr dieser Veranstaltung fernbleiben? Wollt Ihr weiter eure Dienste dem bürgerlichen Bunde erweisen? Wacht auf! Noch ist es Zeit, für das internationale Bundesfest zu rufen. Besinnt Euch, kommt zu Euren Brüdern, werdet Mitglieder des Arbeiter-Mandolinistenbundes. Anstufung erteilt die Gauleitung: Alfred Bruschke, Breslau 8, Vorwerkstraße 63.

Ächtung, Jungarbeiter, Jungarbeiterinnen!

Mittwoch 20 Uhr öffentliche Jugendversammlung des RZV im Lokal Reimann, Antonienstraße. Auch da muß erscheinen! Thema: „50 000 Metallarbeiter im Streik, 800 000 sollen ausgesperrt werden.“ Was machen Sozialdemokratische Partei und Sozialistische Arbeiter-Jugend? Darüber spricht ein Berliner Genosse.

Stand des Sechstagerrennens (3 Uhr morgens). Girarhengogier 320 Punkte, van Kempen-Knappe 270, Vinari-Seisler 201, Binda-Tieg 118, Kroschke-Schmer 113, Wambst-Dacquehai 30. Eine Runde zurück: Euter-Nickel 190, Tonant-Frach 121, Grimm-Junge 73, Hirtgen-Rauich 23. Zwei Runden zurück: Demoff-Stodolny 60. Drei Runden zurück: Kroschmann-Supinski 40. Zurückgelegt nach 76 Stunden 1973,600 Kilometer.

Neuer Prozeß gegen Warde. Der Meisterdich Warde, der zu zwölf Jahren Zuchthaus verurteilt wurde, hat gegen dieses Urteil Berufung eingelegt. Am 16. April ist daher vor der fünften Strafkammer ein neuer Verhandlungstermin gegen ihn angesetzt worden. Warde hatte von den Hunderten von Diebstählen, die ihm zur Last gelegt wurden, im Laufe der Verhandlung 63 zugegeben, aber nach der Urteilsverkündung bestritt er sie alle. Dem Gericht wollte er noch große Arbeit machen. Gegenwärtig beschäftigt er die verschiedensten Stellen und Beschäftigten mit seinen Dieben.

Ueberfahren. In eine Straßendose hineingelaufen ist am Sonntagmorgen vor dem Grundstück Kaiserstraße 4 ein Postkassierer, der sich in angetrunkenem Zustande befand. Er wurde schwer verletzt in das Josephstranckenhaus gebracht.

Mutwilliger Feueralarm. Am Sonntag, kurz vor 2 Uhr, wurde die Feuerwehr aus Anflug nach der Morgenauststraße alarmiert. Es gelang nicht, den Täter zu ermitteln.

Zur Lebensrettung alarmiert. Kurz nach 7 Uhr wurde die Feuerwehr nach dem Ohlauer Stadtgraben gerufen, weil hier eine weibliche Person ins Wasser gesprungen war. Sie war bereits durch Passanten herausgezogen und mit einem Auto ins Krankenhaus geschafft worden.

Schwacher Luftverkehr. Seit dem 6. Februar ist die Strecke Breslau—Wien wieder in Betrieb genommen. Während der Winterflugzeit, also bis zum 21. April, sind die Preise auf der Strecke nach

Wien stark gesenkt. So kostet ein Flug Breslau—Wien zurzeit nur 60 Mark. Trotzdem ist die Frequenz ziemlich gering. In solchen Fällen zieht das Reich derartige Luftlinien ein oder, wie es mit der Linie Breslau—Prag—München für 1928 vorgesehen ist, verkürzt sie sehr stark. Wegen der nicht befriedigenden Besetzung der genannten Linie wird diese im kommenden Jahre nur noch drei Monate geflogen. (Wie wäre es mit einer Abgemilderten des Flugpreises. Vorkünftig geht es nun eben immer noch eine gutgefüllte Brieftasche zu Luftreisen. Die Red.)

Zum Mord auf der Straußstraße. Die beiden in der Mordtatsache stritten Verhafteten, Joseph Fiedel und Maria Gohl, sind vom Untersuchungsrichter erneut verhört worden. Sie bleiben weiter in Haft.

Arbeitsmangel eines Zeitungsverstärkers. Vor dem Erweiterten Schöffengericht stand der 25 Jahre alte Vertreter einer Oppolner Zeitung, Hans Risch. Die Anklage warf ihm vor, in 25 verschiedenen Fällen Sachen ohne oder nur gegen sehr geringe Anzahlung erworben und dann veräußert zu haben. Der Angeklagte ist wegen gleicher Vergehen bereits zehnmal vorbestraft. Der Verteidiger hielt den Angeklagten für geistig unzurechnungsfähig, was aber von den beiden Sachverständigen abgelehnt wurde. Das Urteil lautete auf drei Jahre Gefängnis, während der Staatsanwalt fünf Jahre Zuchthaus beantragt hatte.

Militärrentenzahlung. Die Auszahlung der Militärversorgungsgeldrenten erfolgt bei den Postämtern bereits am Montag, dem 27. Februar.

Vertragsverletzung mit alten Fünfsigmarkeinen. In letzter Zeit hat eine unbekannt Frauensperson versucht, alte Fünfsigmarkeine in Zahlung zu geben. In einem Schuhgeschäft in der Nikolastraße, wo sie ein Paar Damenhalbschuhe zum Preise von 6,95 Mark kaufte, bezahlte sie ebenfalls mit einem solchen Schein und erhielt den Restbetrag von 43,05 Mark ausgezahlt. Die Verkäuferin wird wie folgt beschrieben: Etwa 28—30 Jahre alt, 1,60 bis 1,65 Meter groß, schwächlich, hat schmales, abgelebtes Gesicht, dünnles Kopfhaar und lebhaften Gang. Bekleidet war sie mit schwarzem Rock und ebensolcher Jacke, abgetragenen grauen Filzschuhen. Ueber den Kopf hatte sie ein kleines schwarzes Tuch geschlungen. In ihrer Begleitung befand sich ein kleines, etwa einhalbjähriges Mädchen.

Belohnungen für erste Feuermeldungen. Das Presseamt teilt mit: Im Haushaltsplan der Städtischen Feuer- und Feuerversicherungsanstalt für 1928 sind Mittel zur Gewährung von Belohnungen an Personen eingestellt, die die erste Meldung von Bränden an die städtische Feuerwehr bewirken und zur Ermittlung von Brandursachen in dem Maße beitragen, daß gegen letztere Strafanzeige erstattet werden kann. Die Belohnungen werden nur dann gewährt, wenn die Brände in Gebäuden stattgefunden haben, die bei der Städtischen Feuer- und Feuerversicherungsgesellschaft versichert sind, und wenn durch die Meldungen größere Schadenfeuer verhütet worden sind. Gesuche um solche Belohnungen sind unter Angabe des Sachverhalts an die Städtische Feuer- und Feuerversicherungsanstalt in Breslau, Schloßstraße 2 II, einzureichen.

Breslauer Frühjahrsmesse. Die diesjährige Frühjahrsmesse (11.—12. März) erhält ihre besondere Note durch die kollektive Beteiligung großer Verbände der deutschen Textil- und Bekleidungsindustrie. Der Verein deutscher Seidenwebervereine, der Verband deutscher Samt- und Wollschaffabrikanen und die deutsche Kunstseidenindustrie werden im Messehof eine Ausstellung „Samt und Seide“ veranstalten, in der die Erzeugnisse der deutschen Seiden- und der Krefelder Samt- und Wollschaffabriken gezeigt werden. In unmittelbarer Verbindung hiermit wird sich eine Modellausstellung der Breslauer Herren-Bekleidungsindustrie befinden, an der über 30 der bedeutendsten Breslauer Großkonfektionsfirmen mit etwa 150 bis 200 Einzelfiguren beteiligt sein werden. Auch die Breslauer Damen- und Wäscheindustrie wird die diesjährige Frühjahrsmesse in größerem Umfang beschicken. Die polnische Regierung erleichtert den Besuch der Breslauer Messe durch Ausgabe von Pässen von dreiwöchiger Dauer zu dem ermäßigten Preis von 25 Grosz; das deutsche Auswärtige Amt gewährt Auslandsbesuchern das Passivum zum Besuch der Messe völlig kostenfrei. Die deutsche Reichsbahn bewilligt Auslandsbesuchern eine Fahrpreisermäßigung von 25 Prozent. Die Messegesellschaft hat beim polnischen Eisenbahnministerium beantragt, die gleiche Ermäßigung auch auf den polnischen Bahnlängen zu bewilligen. Eine Entscheidung hierüber steht noch aus.

1897. Jugendabteilung. Mittwoch tritt die 1. Mannschaft in folgender Aufstellung: Köhler III, Fiegel III, Brieger, Schmidt, Wartsch, Behl II und Kleiner gegen die 2. Jgd.-Mannschaft: Wilschke, Koch II, Krause, Schwiers, Keller, Schmauch und Lindner um 20 Uhr in der Turnhalle, Brunnenstraße, zum Trainingskampf im Ringen an.

1. Arbeiter-Anglerverein Breslau e. V. Mitte nochmals um regere Einzählungen in die Arbeiterbank. Die Ausgabe der Karten erfolgt nur an den, der voll bezahlt hat, sich gewerkschaftlich oder politisch ausweisen kann und mit den Beiträgen nicht im Rückstande ist. Ferner wird in Kürze ein Anglerkurs stattfinden, wozu ich besonders die jüngeren Sportgenossen aufmerksam mache. Näheres in der Mitgliederversammlung am 8. März im kleinen Saale des Gewerkschaftshauses.

Öffentlicher Vortrag. Auf Veranlassung der Breslauer Volkshochschule spricht am Sonnabend 20 Uhr in der Aula des Mathiasgymnasiums, Schuhstraße 87, der bekannte Pädagoge und Schriftsteller Dr. Felix Klatl. Vortrag über: „Die schöpferische Aufgabe und der Lebensschicksal in ihrer Bedeutung für die Volkshochschularbeit.“ Der Eintritt ist frei, Gäste sind willkommen.

Der Straßenbahnverkehr zur Fastnacht (Nacht zu Mittwoch) ist so geregelt worden, daß in den Nachtstunden bis zum Beginn des Frühverkehrs die besten Fastnachtswagenstellen in allen Richtungen vorhanden sind. Es kommt in Betracht die Linien 1, 2, 4, 6, 11 und 15. Die Wagen verkehren im allgemeinen im 20-Minuten-Verkehr.

Mittelschlesien

Zwei Tote im Brieger Zuchthaus

Im hiesigen Zuchthaus haben eine Anzahl Strafgefangener eine Zuchtstille, die bei der Paraffinherstellung verwendet wird und von der sie annahmen, daß sie Spiritus enthält, bestillt und getrunken. Daraus mußten mehrere Gefangene infolge Vergiftungserscheinungen ins Anstaltslazarett übergeführt werden, wo bereits zwei gestorben sind.

Unglück. Gesunkenen Kohlenbahn. Infolge des Sturmes ist auf der Ober bel Linden der mit 476 Tonnent Kohle beladene Kahn des Schiffseigners Romad aus Kottwitz, Kreis Breslau, untergegangen. Große Beulen waren über Bord geschlagen und hatten das Schiff binnen wenigen Minuten zum Sinken gebracht. Die Mannschaft konnte nur das nackte Leben retten. Die Schiffsahrt ist nicht behindert.

Auswertung

Ächtung, Metallarbeiter!

Alle in der Metallindustrie beschäftigten Parteigenossen und RZV-Kameraden müssen zu einer Besprechung heute abend um 8 Uhr im Turmhof, Antonienstraße, erscheinen. Pol- und Degleiter der Stadtteile sowie Betriebszellenobleute sind ebenfalls verpflichtet, an der Besprechung teilzunehmen. Die Begrüßung.

Versammlungskalender

Parteiveranstaltungen

Breslau. — Stadtteil 2, Nord. Mittwoch 19 Uhr Mitglieder der Stadtteilleitung. 20 Uhr Gesamtfunktionärsitzung bei Kommandant, Trebnitzer Straße 15. Grünberg. Dienstag 19 Uhr bei Fabich Leiter-Sitzung.

Jugend-Spartakus-Bund

Breslau. — Nord. Dienstag und Donnerstag 17 Uhr Zusammenkunft in „Stadt Namslau“. — Süd und Zentrum. Mittwoch 17 Uhr Zusammenkunft in der Minoritenschule.

Roter Frontkämpfer-Bund

Breslau. — RZV. Abt. 2. Dienstag 20 Uhr bei Ueberichar, Weissenburger Platz, Versammlung. Musik, Frauenmacht und Papler mitbringen. Gäste willkommen. Grünberg. Mittwoch 19,30 Uhr Kursus im „Goldenen Frieden“. — Dasselbe gilt für den RZV. und Roter Jungsturm.

Sonstige Organisationen

Breslau. — Note Hilfe Zentrum. Mittwoch 19,30 Uhr im „Turmhof“, Neue Antonienstraße, Generalmitgliederversammlung. Ref. erscheint. Waldenburg. Gesangsverein Vormwärts. Mittwoch 20 Uhr Gesangsstunde im „Kurfürsten“, Neustadt. Waldenburg. Deutscher Baugewerksbund. Donnerstag 19,30 Uhr in der Stadtbrauerei Mitgliederversammlung. Freiburg. Metallarbeiterverband. Donnerstag 19 Uhr im „Blücher“, Polnisch, Metallarbeiterversammlung. Ref. Kollege Engelbert Graf, Lehrer der Wirtschaftsschule des RZV, über „Das Lohnproblem und der europäische Kapitalismus.“

Am Sonnabend

erscheint regelmäßig unsere verstärkte, inhaltlich verbesserte Wochenansage. Alle Ortsgruppen und Kolporteurs müssen mit verstärkter Energie ihren

Verkauf organisieren!

Theater und Kino

Stadttheater

Anna Pawlowa

Die frühere Primaballerina des zaristischen Hofballetts brachte auf ihrem Tanzabend außer zwei Tanzpantomimen, „Coppelia“ und „Puppenfee“, noch einige Einzel- und Gruppentänze. Der große Namen und der Ruf, der der Pawlowa noch aus der alten guten Zeit anhängt, hatte alles, was bei solchen Gelegenheiten dabeigewesen sein muß, auf die Beine gebracht.

Sowohl die Pantomimen als auch die Einzelstücke lassen uns wohl ihre großartige Technik bewundern, aber gleichzeitig feststellen, daß ihrer Schule jede Verbindung mit der Gegenwart fehlt. Sie vermittelte uns die Virtuosität ihres Tanzes, ohne mehr als interessierte Teilnahme zu erwecken.

Lobe-Theater: „Der Heger.“

Wallace, einer der am meisten gelesten englischen Schriftsteller, hat ein Spielplan des Lobe-Theaters. Wallace hat in „Heger“ einen seiner vielen Kriminalromane dramatisiert und für die Bühne zurecht gemacht. Da es sich bei diesen Romanen um nur Unterhaltungskunst handelt, ist das Stück natürlich nicht vom künstlerischen Standpunkt aus zu werten.

Es kommt lediglich darauf an, daß der Zuschauer unterhalten wird und noch dazu spannend unterhalten wird. Und das gelingt Wallace. Vom ersten bis zum letzten Augenblick folgt man der Handlung mit ungeminderter Spannung, trotz der sechs Bilder, im Gegenteil, die Jagd nach dem „Heger“ wirkt geradezu anstrengend.

In dieser mit Aufregungen geladenen Atmosphäre merkt der Zuschauer gar nicht, auf welche Inalligem Schwindel das Stück aufgebaut ist.

Unter der ausgezeichneten Regie Kurt Ehrles geht die Auflösung des mysteriösen Rätsels „Wer ist der Heger?“ von flotten. Hinter allen der dargestellten Figuren, selbst der Polizeiapparate ist nicht sicher, ist der „Heger“, dieser geniale Verbrecher zu suchen, um ihn festzustellen — dazu muß man aber selbst hingehen. Ernst Helling bringt als Rechtsanwält Resser, der seine Klienten, schwere Jungens, verteidigt, dafür aber bestiehlt und auch wieder ins Gefängnis bringt, wenns ihm paßt, eine ganz vortreffliche Zeichnung dieses laufenden und laufenden „menschenfreundlichen“ Schurken. Josef Reim gibt den Detektiv Pils, aus dem man nicht schlau wird und es auch nicht werden soll, voller ironischer Grimassen. Gerhard Ritter als schleichender und lauernder Polizeiarzt Lomond. Alfred Scherzer macht aus einem früheren Sträfling einen erheiterten Galgenvogel. Hans Frank als Detektiv Wemburch, zu wenig verdächtigungsfähig. Elisabeth Luerichmann als temperamentvolle Frau des „Hegers“. Auch die anderen Darsteller gaben sich redlich Mühe, die notwendige grüßlich-aufregende Stimmung hervorzubringen.

Ufa. „Du sollst nicht stehlen!“ Ein Film aus der „besseren“ Gesellschaft, in die ein weiblicher Dieb hineinkommt. Der bestohlene „junge Herr“ verliebt sich natürlich in die „Verbrecherin“. Zum Schluß gibt es, nach einigen kriminalistischen Bewidlungen, die bekannte unstandesgemäße Hochzeit. Der „Schneepapagei“, ebenfalls ein Kriminalfilm, ist dadurch interessant, daß er die Bekanntschaft eines ausgezeichneten Chinesischsprachigen vermittelt.

Weltkino. „Der Sprung ins Gluck.“ Ein lustiger französischer Film, ohne besonderen Inhalt. Ein Millionär heiratet eine hübsche Manicure. Der Vater des Millionärs ist von dieser „Resalliance“ nicht entzückt, schießt sich aber mit der Schwiegertochter aus,

als er sie kennen lernt. Carmen Bont spielt die Manicure mit gutem Humor. Auf der Bühne treten drei Tänzer, die Geschwister Arabello, auf, die für ihre ausgezeichneten Leistungen stürmischen Beifall bekommen.

Apollo-Lichtspiele. „Eine Schreckensnacht in Sing-Sing.“ Ein amerikanischer Justizkrimi. Ein junger Mensch wird durch Rationierung einer Verbrecherbande zum Mörder gestempelt und zum Tode verurteilt. Der Staatsanwalt empfindet „Reue“ und entlarvt den wirklichen Mörder. Gelungene Bilder und spannende Handlung zeichnen den Film aus, obwohl man einem derartigen Staatsanwalt sehr skeptisch gegenübersteht. — „Die Intrigen einer Tänzerin“, ein Schauspiel aus der Lombard Gesellschaft. Einem verschwenderischen jungen Sportsmann, der vor der Pleite steht, gelingt es, durch einen Sieg beim Derby seinen Zusammenbruch aufzuhalten. Sonntag und Montag „Der Mann ohne Kopf“.

Obertor-Lichtspiele. „Der Mann ohne Kopf“, ein Genossenschaftsfilm mit Carlo Aldini in einer Doppelrolle. Ein reicher Sportsmann verliert durch einen Unfall mit dem Flugzeug sein Vermögen. In einer Dämmerstunde taucht er mit seinem Doppelgänger, einem armen Teufel, seine Kleidung. Mit so verteilten Rollen erleben sie nun eine Reihe von Abenteuer, in denen die tollsten Wagnisse vorkommen. Der Film bringt in fesselnder Handlung gute Bilder. Sonntag und Montag „Delia Kavallerie“.

Lichtbildbühne. „Die Lebensfahrt des Kanak-Expreß.“ Ein armer Schüler streift im Lande umher, um für sich und seinen Jungen durch Arbeit Nahrung und Unterkunft zu erhalten. Schließlich findet er beim Eisenbahnbau Beschäftigung. Von der Gegenpartei der Brückenbauer wird eine Brücke gesprengt, wobei der arme Junge verlegt wird. Zum Schluß wird natürlich alles gut. Außerdem „Ehen mit das Leben“, ein Film, der in ungewöhnlicher Weise den § 218 behandelt. Dazu die Wochenschau.

Waldenburger Bergland Lohnbeutel der Bergarbeiter

Bereits am Freitag und Sonnabend haben wir mehrere Lohnbeutel und Aufschreiben unserer Waldenburger Arbeiterkorrespondenten veröffentlicht, die trefflich den erbärmlichen Erfolg der reformistischen Arbeiterstrategie illustrieren. Heute veröffentlichen wir eine Reihe weiterer Aufschreiben und Auszüge aus den Lohnbeuteln. Wir fordern die Waldenburger Bergarbeiter auf, alle Kräfte zur Herbeiführung einer tatsächlichen Lohn-
erhöhung einzusetzen. D. R.

Der Gehilfenführer B. hatte im November einen Schichtenverdienst von 6,06, im Dezember 5,74 und im Januar (nach der Lohn-
erhöhung) nur 5,60 Mark. Seinbarer Schichtenverdienst betrug 5,20 Mark.

Der Bauer R. hatte im Monat Dezember bei 26 Arbeitsschichten einen Bruttoverdienst von 103,54 Mark. Im Monat Januar hatte er bei derselben Zahl der verfahrenen Schichten einen Bruttoverdienst von nur 136,44 Mark.

Der Bergmann S. hatte im Januar bei 25 Arbeitsschichten einen Verdienst von brutto 146,50 und netto 120,50 Mark. Er hatte einen reinen Schichtenverdienst von 4,52 Mark.

Auf der Sophie-Grube hatte der Hebertage-Arbeiter P. einen monatlichen Gesamtverdienst von 137,21 Mk bei 26 Schichten. Sein reiner Schichtenverdienst betrug 4,29 Mark.

Auf derselben Grube hatte der Bauer Sch. bei 24 Schichten einen reinen Monatsverdienst von 116,50 Mark. Das ist ein reiner Schichtenverdienst von 4,86 Mark.

Wie sich im Waldenburger Revier die Lohnhöhung auswirkt, zeigen die Januarlöhne der Handwerker vom Hans-Geinrich-Schacht. Nachdem die Schichtlöhne der Handwerker im Lohnsatz aufgebaut wurden, hat man die Prozente derart gekürzt, daß für einzelne nur eine Erhöhung von 5 Pfg. pro Schicht übrig bleibt. Es sind da 28 Handwerker beschäftigt. Diese erhalten insgesamt pro Schicht 2,90 Mark mehr Lohn als im Dezember. Das sind im Durchschnitt 10 1/2 Pfg. pro Schicht. Schlimmer noch steht es für die Untertagearbeiter. Hier geht der Durchschnittslohn, anstatt sich zu erhöhen, dauernd herunter. Man darf sich auch darüber nicht wundern, werden doch, wie auf dem Bismarckschacht im dritten Flöz, die Gehälter seit Dezember um 100 Prozent erhöht. Daß in diesem Falle die Leute nicht auf ihren Lohn kommen, liegt auf der Hand. Durch diesen allgemeinen Druck auf die Löhne will sich natürlich Bergarbeiter Ciesla nach oben beliebt machen.

Oberes Revier

So leben wir — in Gottesberg

Ein Arbeiter schreibt uns: Recht interessante Beobachtungen kann man machen, wenn man sich mal morgens so gegen 8 Uhr am Ring vor dem Rathaus aufhält. Kurz vor Beginn der Dienstzeit (8 Uhr) erscheinen die unteren Magistratsangehörigen. Aber wo bleiben die relativ gutbesoldeten Ressortchefs? Nach längerer Zeit, so mit halbstündiger Verspätung und auch noch mehr, kommt immer einer nach dem anderen angeschlichen. Ja, unsere beliebten Drei haben keine Eile, denn sie wissen, ihr Hauptmann schläft auch noch. Da wäre zuerst unser Finanzminister Wilde, bekannt wegen seiner außerordentlichen Zuverlässigkeit und Freundlichkeit (böse Zungen behaupten das Gegenteil). Auch Stadtbauinspektor Lange und Verwaltungsinpektor Gütler haben nicht nötig, sich nach dem zu richten, was sie von anderen Kritik verlangen. Aber was will man mehr verlangen von diesen, wenn ihr Chef selbst ein Muster von Unpünktlichkeit ist. Denn, man mag kommen um 8, um 9 oder noch später, aber unser Herr Bürgermeister ist noch nicht zu sprechen. Außerdem er „muß“ wieder einmal eine seiner Geldbeschaffungsreisen unternehmen, das ist er ja früh auf dem Posten. Die Einwohnererschaft fragt sich, ob das so weitergehen soll. Ein jeder noch so schlecht bezahlte Arbeiter muß seine Pflicht erfüllen, jeder Gewerbetreibende muß auf dem Posten sein, sonst kommt er unter den Schlitzen. Na, auf die Schmeichelei ist ja der Bürgermeister schon gekommen, auch darunter lag er schon recht oft, vielleicht wird es noch! Am besten wäre es, wenn mal ein kräftiger Tornado diese vier „Nichtlinge“ der gesamten Einwohnererschaft entführte und in die Luft wirbelte. Möglicherweise wäre dann auch die katastrophale Finanzlage der Stadt behoben, denn wenn schon unser Stadtoberhauptlein ein Tageseinkommen von annähernd 40 Mark hat, so ist das eben allerhand.

Wofür so viel Geld?
Übrigens ist es höchst interessant, wenn man sich mal folgende Gehaltsgruppen betrachtet:

	Grund- gehalt	Diri- gula-re	Airder- geld	Frauen- zulage	Dienstauf- wands- schädigung	Gesamt
Bürgermeister	7920	720	720	144	1800	11 304
Lange	3960	540	260	144	—	4 908

Wilde und Gütler erhalten nur einige Mark Kindergeld weniger.
Ein Bergarbeiter über Tage: pro Schicht 4,20 Mark mal 306 Schichten ergibt ein Jahreseinkommen von 1260 Mark, dazu Hausstandsgeld für Frau und 3 Kinder 108 Mk., zusammen 1368 Mk.

Immer wieder muß festgestellt werden, daß dieser demokratisch-laplinalistische Staat für alles Mögliche Geld über Geld hinauswirft, während die Arbeiterklasse immer mehr verelendet und deren Kinder an Unterernährung zugrunde gehen.

Freiburg

* Ein ungeladener Geburtstagsgast. Während die Familie des Badermeisters Burtler in der Münzstraße mit einigen Bekannten den Geburtstag des Meisters feierte, drang ein Einbrecher in den Schlafraum der Familie Burtler und entwendete mehrere hundert Mark, die für den Warenkauf bestimmt waren.

Bericht von der Landeserversatzkonferenz. In der am Donnerstag stattgefundenen Erwerbslosenversammlung erstattete Kollege Daniel Bericht von der Landeserversatzkonferenz der Erwerbslosen. Der Bericht wurde von den Erwerbslosen mit starkem Interesse entgegen genommen. Kollege Rochus ergänzte ihn durch Bekanntgabe der auf der Konferenz angenommenen Anträge. In der darauf folgenden Aussprache zeigte es sich, daß der Wille zum Kampf für bessere Lebensbedingungen unter den Erwerbslosen noch nicht gebrochen ist. Folgender Antrag wurde eingebracht und einstimmig angenommen: „In der am 16. Februar stattgefundenen gutbesuchten Erwerbslosenversammlung protestieren die Erwerbslosen gegen die unerhörte Verpöbelung von städtischen Geldern und fordern mit Nachdruck die sofortige Beschaffung von Arbeit und Gewährung von Wirtschaftshilfen. Als Wirtschaftshilfe wird gefordert: für Lebige 20 Mark, für Verheiratete 30 Mark.“

Striegau

Die Striegauer Bahnmeisterei verbietet plötzlich den Weg, der bisher meistens von Steinarbeitern benutzt wurde, um früher zur Arbeitsstelle zu gelangen. Der Weg auf der Chaussee ist mindestens eine Viertelstunde länger. Ist etwa die Bahnmeisterei der Ansicht, daß die Steinarbeiter eine zu kurze Arbeitszeit und ausreichend Geld für vermehrte Schuhsohlenbedarf haben? Für das Betreten des Weges wird mit Strafe gedroht. Die Arbeiterklasse protestiert energisch gegen diese Maßnahme und fordert Aufhebung des Verbots.

Landeshut

* Ein Zusammenstoß zwischen einem Fuhrwerk der Gorfauer Brauerei und einem Personauto ereignete sich auf der Schmiedeburger Straße, die als Einbahnstraße gekennzeichnet wird. Der Autofahrer Dorn aus Leppersdorf benutzte die Straße in der richtigen Richtung, als plötzlich das Brauereifuhrwerk in die Straße einbog, um in verbotener Richtung zu fahren. Dabei erfolgte der Zusammenstoß, und das Auto wurde völlig unbrauchbar. Personen kamen zwar nicht zu Schaden, aber die Brauerei wird jetzt nicht nur den Schaden ersetzen, sondern auch noch Strafe zahlen müssen.

* Lieban. Die Erwerbslosigkeit steigt. Zurzeit werden in Lieban 500 Erwerbslose gezählt. Diese Zahl wird ganz erheblich steigen, da die Spinnerie der Fallischen Erben den gesamten Betrieb stilllegen beabsichtigt. Die ersten Entlassungen sind bereits am letzten Sonnabend erfolgt.

Niederschlesien

Görlitz

Achtung! Arbeiter und Werkstoffe von Görlitz!

Anläßlich des 37ten Jahrestages des Bestehens der Roten Armee in Sowjetrußland findet am Mittwoch eine Demonstration von KPD, Partei, N. N., KZ, KZ, KZ und aller revolutionären Werktätigen von Görlitz statt. Eintreten 19 Uhr am Untermarkt, Abmarsch 19 1/2 Uhr durch die Straßen der Stadt, auf dem Mittelplatz Ansprache.

Erscheint in Massen! Heraus z. Demonstration!

Stadtverordnetenversammlung

zur: Höchstgrenzen für die Bewilligung von E.-L.-Karten
Einbahn-Strassen-Debatte

Eine kurze Sitzung, die nur zum Schluß eine lebhafteste Debatte hervorrief. Der Entwurf eines neuen Stufenpreises für das Stadtkrankenhaus wurde zur nächsten Sitzung zurückgestellt. In sechs Punkten wurden verschiedene Anträge des Haushaltsplanes 1928 um insgesamt 472 013,43 Mark verpfändet. Darunter betragen u. a. die Aus- bzw. Nachzahlungen auf Grund der neuen vorläufig festgesetzten Besoldungsordnung 257 000 Mark, die Verärztung für die Ausgaben, die dem Gesundheitsamt aus der Durchführung des Gesetzes zur Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten erwachsen, 5000 Mark, und zur Ergänzung unbrauchbar gewordener Bücher der Volkshochschule 5000 Mark. — Die nächste Vorlage betraf die Erhöhung der bisher festgesetzten Grenzen für das Monatslohn von E.-L.-Karten-Zahlgeldern. Diese Erhöhung machte sich notwendig, weil seit der letzten Festsetzung der Höchstgrenzen vom 3. Dezember 1926 die an Engial- und Kleinrentner sowie Erwerbslose gezahlten monatlichen Unterhaltungen erhöht worden sind. Die neuen Höchstgrenzen des Monatslohnkommens wurden folgendermaßen festgesetzt: für eine ledige Person 50 Mark, über 60 Jahre alt 60 Mark; für ein Ehepaar 60 Mark, über 60 Jahre alt 70 Mark; für 3 und mehr erwachsene Personen 70 Mark, über 60 Jahre alt 70 Mark; für ein Ehepaar mit 1 Kind 68 Mark; für ein Ehepaar mit 2 Kindern 73 Mark; für ein Ehepaar mit 3 Kindern 80 Mark; für ein Ehepaar mit 4 und mehr Kindern 87 Mark.

Zu der nächsten Vorlage wurde endgültig beschlossen, den Schulgarten der Haushaltungsschule und Gewerbeschule in Verbindung mit der Anlage eines Spielplatzes für den Seminar-Kindergarten und einer Rosenfläche zum Bleichen für die Haushaltungsschule, auf die Konjunktur zu verlegen, da der bisherige Platz von der Friedhofverwaltung gebraucht wird. Der Ausbau des Wiederanbaurechts an den Grundstücken Reichenstraße 38 und 39 wurde zugestimmt und diese zum Preise von 18 200 Mark bzw. 19 000 Mark weiterverkauft gegen Einräumung des Nießbrauchsrechtes. Zum Schluß kam die Interpellation der Bürgerlichen über die Erklärung der Reichspräsidenten als Einbahnstraße durch die Polizeiverwaltung zur Sprache. Von allen Seiten wurde bemängelt, daß die Polizeiverwaltung vor dieser Maßnahme nicht mit den Interessierten Rücksprache genommen hatte. Auch die bereits lange diskutierte Frage des Baues einer Hochbrücke in der Verlängerung der Eisenbahnbrücke nach dem Habenberg scheint augenblicklich an finanziellen Gründen. Es bleibt also bis auf weiteres bei der jetzigen Regelung.

Schwerer Rückgang der Erwerbslosigkeit. Die Arbeitsmarktlage hat in dieser Berichtswochen wenig verändert. Die Zahl der Unterhaltungsempfänger ging von 1509 in der Vorwoche auf 1530 zurück.

Achtung! Am Donnerstag findet in der Aktienkassette die Gewerkschaftsversammlung der KPD statt. Alle Betriebsarbeiter der Partei und des KPD haben zu erscheinen.

Übermäßige Meßerarbeiten und Anwesenheitspflichten in

kleingärten. Vor kurzem berichteten wir von Einbrüchen in den Schrebergärten an der Rissenstraße und schon wieder erhalten wir die Nachricht, daß solche Einbrüche in den Gärten an der Giebigsborfer Straße verübt wurden. Die Schächler wurden gewaltsam aufgerissen. Die Diebe hatten es ebenfalls wieder nur auf die Helle abgesehen, so daß man annehmen kann, daß dieselben Leute in Frage kommen. Jahn ausgewachsene Kaninchen wurden erschlagen und abgezogen und die abgezogenen Tierkörper in den Schmutz geworfen, so daß das Fleisch nicht mehr zum menschlichen Genuß verwendet werden kann und die Geschädigten dadurch mehr Schaden haben. Wann werden die Täter endlich erwischt?

Unfällefall. Ein Motorradfahrer, der vom Demianiplatz kam, fuhr in ein von der Baugener Straße kommendes Auto. Nur dem Umstand, daß der Autofahrer sofort stoppte, ist es zu verdanken, daß kein größeres Unglück passierte. Wir müssen feststellen, daß gerade die Ede Baugener Straße-Demianiplatz in letzter Zeit die Stelle war, an welcher die meisten Zusammenstöße stattfanden, so daß es notwendig wäre, dort einen Verkehrsstopfen aufzustellen.

Zwei Görlitzer abgeführt. Dr. Schlate mit Frau aus Görlitz sind im Gebirge abgeführt. Beide waren auf einer Tour im Riesengebirge und wollten gegen Abend die nächste Baude erreichen. Da aber ein ziemlich böstlicher Nebel herrschte und es außerdem schon zu dunkeln anfing, verloren sie die Richtung und stürzten beim Brunnenberg in den Kupafessel. Sie kamen mit geringen Verletzungen davon.

Lauban

Wieder eine bürgerliche Säule geborsten. Ueber den Selbstmord des Bürodirektors Schell wird mitgeteilt, daß durch unermutete Revision amtliche Feststellungen festgestellt wurden, obwohl er doch bei seinem Gehalt von mindestens 600—700 Mark monatlich es gar nicht nötig hatte, sich an fremden Geldern zu vergreifen. Wäre es ein Proletarier gewesen, hätte die hiesige Presse ganz anders dazu Stellung genommen.

Ein böser Reizfall. Zu der letzten „großen öffentlichen“ Versammlung der Nazis (Nationalsozialisten) in den „Kronen“ waren ganze — 15 Mann erschienen. Wir sprechen ihnen nachträglich unser Beileid dafür aus, daß sie sich, nachdem sie einmal dort waren, das Beiseite von „Dauereiter“ Bräuner anhören mußten.

Bürgermeisterswahl in Rothberg. Oberstadtschreiber Kroschke aus Rothberg ist mit 7 Stimmen auf die Dauer von 12 Jahren zum Bürgermeister gewählt worden.

Sagan

In die Ortsgruppen des Unterbezirks Sagan!
Die ehemaligen Genossen Karl Schreiner und Alfred Linke sind durch Austritt einem Ausschluss zuvorgekommen. Sie sind bei Kasse und Kassen feierlich in die SPD aufgenommen worden. Desgleichen waren wir vor Fritz Schreiner, der ultimativen Material in die einzelnen Orte verstreut. Auch dieser ist bei der SPD gelandet.

„Massenaustritte aus der Kommunistischen Partei in Sagan.“
Genosse Paul Behnisch schreibt uns: Es ist typisch, daß in gewissen Zeitabschnitten irgendein Mannheld, dem die ober jene Entwidlung der Partei nicht in den Kram paßt, der aber das Zeug in sich fühlt, seine geistige Reife zu offenbaren, dazu übergeht, die SPD ganz einfach zu — beerdigen. Eingeleitet wurde die angebliche Beerdigung durch einen Reichenhymnus, zu dem der Unterbezirksleiter Bleil von der SPD einige Hinzusetzungen, aber wie wir jagen „Hinzusetzungen“, eingeladen hatte, sie dort mit Kasse und Kassen und Kassen feierlich in die SPD aufgenommen werden. Sagen in die Reihen der „völlig befreiten Sozialdemokratie“ aufzunehmen. Selbstverständlich wurde bei dieser Zeremonie auch der Reichenreiter festgelegt, dem die Aufgabe oblag, die Gräber recht ungehindert unter der Masse zu polstern. Dies ist geschehen. Die

SPD hat aber bei solchen Anlässen immer das unzweifelhafte Recht, sich glatte Phantasien auszufluchen.

Was ist nun wahr an dem katastrophalen Geisteserguß, den einige Kuchelpolitiker mit einer Gefäßlichkeit kolportieren, die ebenso lumpenhaft wie gemein ist. Wahr ist, daß drei Genossen aus der Partei gingen, die insolge ihrer bürgerlichen Ideologie diesen Weg gehen mußten, zumal sie einsehen, daß bei der SPD der Himmel nicht voller Pflichten hängt. An diesen Leuten haben wir nichts, auch gar nichts verloren. Sie waren Ballast, der uns an der Fortentwicklung hinderte, und die Antwort, die sie von parteilosen Arbeitskollegen erhielten, dürften sie sich bestimmt nicht ins Poesealbum schreiben. Daß aus diesen Ausritten der eine der Verleumder, dessen Aufnahme in die Partei von den Funktionären einstimmig abgelehnt wurde, einen „Massenaustritt“ konstruierte, will ich damit kennzeichnen, daß es ihm unmöglich ist, in die Materie des Sozialismus einzudringen und er mit Verleumdungen das erlegt, was wir Bildung nennen. Ich habe schon in einem Artikel bemerkt, daß die Arbeiterbewegung christliche und stahlharte Charaktere braucht, um sicher durch den bürgerlichen Korruptionsdunst zu gelangen. Diese Eigenschaften dürften für den Obgenannten unbetannt sein. Seine zahlreichen Zusätze, die er von verschiedenen Organisationen empfangen hat, dürften dieses auf das Treffendste dokumentieren. Die Freiheit dieses Buchens, der übrigens alle Ursache hätte, seinen Mund zu halten, geht so weit, mich in der gemeinsten Weise bei hiesigen Geschäftsleuten herunterzuziehen, ohne auch nur den Schatten eines Beweises gegen mich zu erbringen. Im Zusammenhang damit fordere ich die Arbeitskollegen auf, mir sofort von weiteren Verleumdungen Mitteilung zu machen, damit endlich diesem tapferen Verleumder das Handwerk gelegt werden kann.

Das Arbeitsamt kommt nach Neusalz? Gerüchtweise verlautet, daß das für die Kreise Grünberg und Freystadt an Stelle der bestehenden Arbeitsnachweise neuerrichtende Reichsarbeitsamt nach Grünberg verlegt werden soll. Von amtlicher Seite wird demgegenüber darauf hingewiesen, daß eine Entscheidung hierüber noch nicht getroffen worden ist. Vielmehr besteht die Aussicht, daß das für die obgenannten Kreise zu errichtende Arbeitsamt nach Neusalz verlegt werden wird.

Glogau

So geht es den Alten. Infolge großer Not nahm ein Rentenempfänger im Alter von 64 Jahren sich das Leben. Das bürgerliche Blättchen Glogauer versucht den Namen und die Tat zu unterdrücken, damit das Glogauer Wohlfahrtsamt nicht mit dem Magistrat nicht ins schlechte Licht gestellt wird. Es war ja nur ein Prolet. Werttätige Glogauer, wollt ihr noch lange zusehen, wie Proleten zum Cashashm greifen, während auf der anderen Seite gepöbel und geschlemmert wird? Nein, niemals! Kampf mit den Kommunisten und werbet Mitglieder der Partei!

Haynau

Zur Aufhebung der Wohnungszwangswirtschaft. Wie bekannt, ist die Wohnungszwangswirtschaft insofern gelodert worden, daß Ortsschaften bis zu 4000 Einwohnern die Zwangsbewirtschaftung ansetzen können. Folglich ist man dazu übergegangen, in dem unteren Teile des Kreises Goldberg-Haynau — dem sogenannten Niederkreise — die Zwangswirtschaft in den Ortsschaften Ober-Bielau, Mittel-Bielau, Nieder-Bielau, Sandmannsdorf, Bärzdorf-Trach, Bischdorf, Petersdorf, Konradsdorf, Döbersdorf, Gnadendorf, Gohlsdorf, Ober-Hermisdorf, Nieder-Hermisdorf, Reifsch, Steinsdorf, Ober-Kaiferswalden, Mittel-Kaiferswalden, Nieder-Kaiferswalden, Märzdorf, Nieder-Rigelsdorf, Rodelsdorf, Panthenau, Pöhltsdorf, Pöhltsdorf, Pöhltsdorf, Kaden, Jamitz, St. Hedwigsdorf, Ziegenau, Steudnitz, Zanten-dorf, Groß-Ziegenau, Borhaus, Ober-Wittgendorf, Nieder-Wittgendorf und Weitzdorf aufzuheben. Nur in den Ortsschaften Gohlschau, Kreibitz, Haynauer-Borwerke und Altemlohn wurde sie nicht aufgehoben. Wenn die Landarbeiter bisher den Agrarier ausgebeutet waren, jetzt hat man sie völlig verraten. Nehmt den Kampf auf gegen die Befreiungen, auch auch noch die letzte Ertrungenschaft zu räumen!